:antifaschistische nachrichten

Nr. 15

g 3336 28.7.2011 27. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Reaktionen von Rechts auf die Anschläge in Oslo

Ein 32-jähriger blondschopfiger junger Mann tötete am Freitag, den 22. Juli in der norwegischen Hauptstadt Oslo mindestens 92 Menschen: bei einem Bombenattentat auf ein Regierungsgebäude sowie einer Gewehrattacke auf ein Ferienlager der Jungsozialisten auf der Fjordinsel Utoeya, an dem 600 bis 700 junge Menschen teilnahmen.

Er hatte laut jüngsten Presseinformationen die Tat seit Jahren, mindestens seit 2009, vorbereitet. In einem zwölfminütigen Videofilm, der – mutmaßlich durch den Attentäter selbst – am selben Freitag (22. Juli 11) auf Youtube publiziert wurde, posiert Anders Behring Breivik u.a. in Kampfuniform und mit einem Sturmgewehr im Anschlag.

Der Attentäter hat inzwischen bei der norwegischen Polizei seine massenmörderischen Taten gestanden. Es wurde ferner bekannt, dass er Mitglied in einem Schießclub in Oslo war, und dass er im Mai dieses Jahres größere Mengen Düngemittel gekauft hatte, wie sie auch (bei entsprechenden Kenntnissen) als Voraussetzung zur Sprengstoffherstellung benutzt werden können.

weiter auf Seite 7

„Wir wollen die Nazi-provokation verhindern“

„Dortmund stellt sich quer!“ plant bundesweite Proteste gegen „Nationalen Antikriegstag“ der Neonazis am 3. September

Interview mit Gizem Kizil, Sprecherin der Roten Antifa Dortmund/Bochum, die sich im bundesweiten antifaschistischen Bündnis „Dortmund stellt sich quer!“ engagiert.

Vor wenigen Tagen ist es in Dortmund erneut zu einer gegen Antifaschisten gerichteten Welle der Gewalt gekommen. Was genau ist passiert?

Das Auto der Dortmunder DKP-Vorsitzenden wurde stark beschädigt, an das Zentrum der DKP wurde ein Hakenkreuz geschmiert, die Scheiben des Wahlkreisbüros der LINKEN-Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke wurden eingeschmissen und andere aktive Gewerkschafter und Antifaschisten fanden neofaschistische Parolen bzw. Symbole und Drohungen an ihren Wohnhäusern.

Wen vermuten Sie hinter dieser weiteren Stufe der Eskalation?

Wie schon bei Anschlägen in der Vergangenheit gehen wir davon aus, dass die Drahtzieher dieser Aktionen rund um den Dorstfelder Wilhelmplatz zu finden sind. Dort wohnt das Gros der sogenannten „Autonomen Nationalisten“.

Hat die Dortmunder Polizei die Täter dingfest machen können?

Nein, wie immer nicht. Die Beamten haben seit jeher in Dortmund Probleme, politisch motivierte Straftaten als solche zu erkennen. Daher erwarten wir von der Polizei auch nichts.

Justiz und Polizei in Dortmund verharmlosen seit Jahren das neofaschistische Problem in der Stadt. Wer die starke rechte Szene und die von ihr verübten Gewalttaten sowie die seit dem Jahr 2000 verübten vier Morde bis heute noch nicht als Gefahr erkannt hat, ist entweder böswillig oder auf dem rechten Auge mit kompletter Blindheit geschlagen.

Für uns ist eindeutig klar, dass wir uns in Sachen Antifaschismus nur auf uns selbst und nicht auf die Stadt, Justiz oder Polizei verlassen können.

→

Am 9.7.2011 protestierten viele Krefelderinnen und Krefelder gegen eine Kundgebung von etwa 50 JN- und NPDlern unter dem Motto „Todesstrafe für Kinderschänder“. Anlass war der Beginn des Prozesses gegen den Mörder des zehnjährigen Mirco aus Grefrath, der nach monatelanger Suche im Januar 2011 gefasst wurde. Mit einer sog. „Kinderschutzkampagne“ mischten sich die Neonazis von Beginn an in die Proteste ein, beteiligten sich an einem Schweigemarsch und einer Lichterkette in Grefrath. Zu der als „Höhepunkt“ der Kampagne angekündigten Krefelder Aktion kamen weit weniger als angekündigt und auch nur Leute aus den eigenen Reihen. *Foto: Karin Richert*

Aus dem Inhalt:

Statt Wunsiedel jetzt Bad Nenndorf. 8
Reaktionen der europäischen extremen Rechten auf Oslo . . . 7

Denken Sie, dass die Anschläge mit der Mobilisierungs- und Aktionskonferenz, die Ihr Bündnis Mitte Juli veranstaltet hat, zusammenhängen?

Ja, das vermuten wir. „Dortmund stellt sich quer!“ hat eine erfolgreiche Konferenz mit spannenden Diskussionsrunden und Referaten sowie einem Blockadetraining organisiert. Dass sich die Nazis davon provoziert fühlen, liegt auf der Hand. Sie werden aber damit leben müssen, dass wir im Vorfeld Ihres geplanten Großevents noch einiges auf die Beine stellen werden.

„Dortmund stellt sich quer!“ ruft zur Verhinderung des von den neofaschistischen „Autonomen Nationalisten“ ausgerufenen „Nationalen Antikriegstags“ am 3. September in Dortmund auf. Welche Bedeutung hat dieser Aufmarsch für die militante Naziszene?

Nach dem im Februar diesen Jahres erneut erfolgreich verhinderten Aufmarsch in Dresden ist der sogenannte „Nationale Antikriegstag“ der Aufmarsch mit der größten Bedeutung für die Nazis bundesweit. Die Rechten mobilisieren sowohl bundesweit als auch in den europäischen Nachbarländern in die Ruhrgebietsmetropole.

Bereits im siebten Jahr in Folge versuchen die Nazis, sich hier in Dortmund als „Friedensengel“ zu inszenieren, indem sie Krieg und Besatzung vordergründig eine Absage erteilen. Tatsächlich aber sind sie es selbst, die für millionenfachen Massenmord und imperialistische Kriegstreiberei stehen.

Was würde es für die Neofaschisten politisch bedeuten, sollte ihr Aufmarsch im September verhindert werden?

Es geht in diesem Jahr für die Nazis um sehr viel. Ihr Großevent in Dresden wurde aufgrund der Massenblockaden und unterschiedlicher Aktionen von Antifaschisten verhindert. Die Nazis stehen nun vor dem Problem, auch in die eigene Szene hinein Stärke demonstrieren zu müssen.

Bereits in den letzten Jahren konnten die Rechten nur stationäre Kundgebungen am Rand der Dortmunder Innenstadt durchführen. Im letzten Jahr verließen Dutzende Neonazis sogar gelangweilt die eigene Kundgebung noch bevor sie beendet war. Offenbar als Konsequenz aus den Misserfolgen in den Vorjahren, haben ostdeutsche Nazis nun für den 3. September – und damit parallel zum „Nationalen Antikriegstag“ – eigene Veranstaltungen angemeldet. Viele Neofaschisten haben anscheinend keine Lust mehr, sich in Dortmund die Beine in den Bauch zu stehen und markigen Sprüchen zu lauschen.

Es dürfte den Dortmunder „Autonomen Nationalisten“ um Dennis Giemsch, Alexander Deptolla und Dietrich Surmann also bereits jetzt schwerer fallen, wieder hunderte ihrer braunen Gesinnungsfreunde nach Dortmund zu locken.

Was plant das Bündnis „Dortmund stellt sich quer!“ an Gegenaktivitäten?

Es ist noch einiges geplant. Einer unserer Hauptevents wird jedoch unsere Vorabenddemonstration am Abend des 2. September sein. Dann wollen wir gegen Neonazis und imperialistische Angriffskriege auf die Straße gehen – und zwar direkt nach Dorstfeld. Dorthin, wo die Nazis sind!

Bereits am 1. September wird es anlässlich des traditionellen Antikriegstages mehrere Aktivitäten geben, die von unserem Bündnis unterstützt werden.

Darüber hinaus werden wir in den nächsten Wochen in vielen bundesdeutschen Städten Mobilisierungsveranstaltungen durchführen. Bereits jetzt haben wir Rückmeldungen, daß aus einigen Städten Busse nach Dortmund kommen werden, um unsere Aktivitäten am 3. September zu unterstützen.

Im Gegensatz zu den in Dortmund ebenfalls aktiven bürgerlichen Bündnissen rufen wir für den 3. September selbst zu Blockaden auf, um den Aufmarsch der Nazis zu verhindern – und nicht irgendwo abseits Alibiveranstaltungen durchzuführen. Vor allem ist uns sehr wichtig, den Nazis nicht die Frage von Krieg und Frieden zu überlassen. Sondern im Rahmen aller von uns geplanten Aktionen einen klaren Antikriegsbezug sicherzustellen.

Besonders froh sind wir, dass es uns in diesem Jahr gelungen ist, ein Spektrum als Unterstützer zu gewinnen, das vom Dortmunder Theater über den Jenaer SPD-Oberbürgermeister Albrecht Schröter, den ver.di-Bundesjugendsekretär Ringo Bischoff bis hin zu Migrantenorganisationen, der Internationalen Liga für Menschenrechte und autonomen Antifagruppen reicht.

Alle eint der Wille, die neuerliche Provokation der Nazis zu verhindern!

Interview: Markus Bernhardt ■

Geplante Aktivitäten des Bündnisses „Dortmund stellt sich quer!“:
1. September: Antikriegskundgebungen und -demonstrationen
2. September: Demonstration gegen Faschismus & Krieg
3. September: Blockade des „Nationalen Antikriegstages“
Informationen:
http://dortmundquer.blogsport.de

Verantwortliche schauen weiter weg

Rechte Anschlagsserie im Vorfeld von neofaschistischem Großaufmarsch am 3. September in Dortmund

Neben der Region Aachen gilt die Ruhrgebietsmetropole Dortmund mittlerweile als die Hochburg der neofaschistischen „Autonomen Nationalisten“ im Westen der Bundesrepublik. Vor allem im Stadtteil Dorstfeld ließen sich in den vergangenen Jahren Kader der militanten Neonazis nieder und infiltrierten ihr Wohnumfeld. Die Folge: Mehrere Einwohner sahen sich kontinuierlich rechter Gewalt und Attacken ausgesetzt und waren gezwungen, den Ortsteil zu verlassen.

Erst in der Nacht zu 21. Juli kam es erneut zu einer Serie neofaschistischer Gewalttaten. So wurde unter anderem die Frontscheibe des Wahlkreisbüros von Ulla Jelpke (MdB/DIE LINKE) eingeschlagen. „Dieser Angriff ist der mittlerweile sechste Anschlag auf mein Wahlkreisbüro. Bereits vor drei Jahren hatten mutmaßlich Neofaschisten im Vorfeld des Naziaufmarschs im September mein Dortmunder Büro mit Stahlkugeln beschossen – einer potentiell tödlichen Waffe. Im Januar vergangenen Jahres wurde mein Büro mit stark ätzender Buttersäure attackiert“, berichtet die Bundestagsabgeordnete. Jelpke forderte indes den Dortmunder Polizeipräsidenten, Hans Schulze, auf, „in diesem Jahr endlich ein Zeichen gegen Rechts zu setzen und den für den3. September geplanten Aufmarsch der faschistischen Schläger zu verbieten“. Sollte dies nicht passieren, würden sich Antifaschistinnen und Antifaschisten massenhaft und entschlossen den Nazis in den Weg den stellen und den Aufmarsch verhindern“, kündigte Jelpke an.

Die Dortmunder DKP, deren Zentrum ebenfalls am 21. Juli mit einem Hakenkreuz beschmiert wurde, wies unterdessen darauf hin, dass bereits in der Vergangenheit zahlreiche Anschläge nach ähnli- →

chem Muster auf Häuser und Pkw von Mitgliedern der DKP verübt wurden. Die Partei rief alle demokratischen und antifaschistischen Kräfte in Dortmund auf, den Nazis gemeinsam mit noch mehr Kraft, Fantasie und Entschlossenheit entgegenzutreten.

Verharmlosung geht weiter

Trotz der kontinuierlichen Gewalt der Neofaschisten nehmen weder Polizei und Justiz noch die politischen Entscheidungsträger das rechte Problem ernsthaft wahr. So arbeitet die Stadt bereits seit 2007 an einem Aktionsplan gegen Neonazis, ohne dass sich bis heute etwas Gravierendes getan hätte.

Erst jetzt, nach knapp vier Jahren, soll das Papier im Stadtrat verabschiedet werden. Es ändert voraussichtlich allerdings nichts an dem kaum vorhandenen Problembewusstsein seiner Verfasser und Unterstützer. Erst kürzlich erklärte etwa Hartmut Anders-Hoepgen, Sonderbeauftragter der „Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“, dass er es „spektakulär“ fände, wenn der Plan realisiert werde. Jedoch schob er direkt nach, dass Dortmund in seinen Augen „keine Nazihochburg“ sei.

Geld vom Bund

Insgesamt stellt die Bundesregierung über drei Jahre hinweg 100 000 Euro für verschiedene Aktivitäten in Dortmund bereit. Mittels eines Internetprojektes will die Stadt außerdem ein Angebot für Opfer rechter Gewalt und ausstiegswillige Neofaschisten anbieten. Im Rahmen des Aktionsplans gegen rechts sollen zudem „soziale Trainings“ für Neonazis angeboten werden.

Die Aktivitäten der Stadtoberen stoßen indes bei Antifaschisten auf wenig Gegenliebe. „Es wirkt so, als sei hier recht hilflos ein nicht wirklich durchdachtes Arbeitskonzept zusammengeschustert worden, mit dessen Hilfe die Stadt ihren Ruf als braune Hochburg abzulegen versuchen will“ so ein Aktivist des bundesweiten antifaschistischen Bündnis „Dortmund stellt sich quer!“, das derzeit die Vorbereitungen zur Mobilisierung gegen den von den „Autonomen Nationalisten“ ausgerufenen „Nationalen Antikriegstag“ am 3. September koordiniert.

Das Bündnis, das die neuerliche rechte Provokation mit Massenblockaden nach dem Vorbild vom 19. Februar in Dresden verhindern will, wird mittlerweile von verschiedenen Gewerkschaftern, Landtags- und Bundestagsabgeordneten von Linken und Grünen, dem Bundesvorsitzenden der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten, Prof. Dr. Heinrich Fink, der Grünen Jugend Nordrhein-Westfalen, weiteren linken Parteien sowie Organisationen aus der Antifa- und Friedensbewegung unterstützt. *Markus Bernhardt* ■

David Berger in Kalk

Köln. In den letzten Wochen fanden im Kölner Stadtteil Kalk wiederholt Protestaktionen gegen die Ansiedlung einer Kirche der rechtsgerichteten „Priesterbruderschaft St. Pius X“ statt. Anwohner, unterstützt von antifaschistischen Gruppen, verteilten ein Flugblatt in der Nachbarschaft der neuen Kirche. Nun lud die VVN-BdA Köln den Buchautor David Berger („Der heilige Schein“) zu einer Informationsveranstaltung nach Kalk ein. Berger berichtete dort über seine persönlichen Erfahrungen mit den „Piusbrüdern“ und seine bedrückenden Begegnungen in deren Priesterseminaren und Schulen. Der wachsende Einfluss des „Opus Dei“ in der katholischen Kirche wurde in der Veranstaltung ebenso angesprochen wie die Vernetzung konservativer Katholiken mit der extremen Rechten. Auch die Rolle der von Klerikern unterstützten Internetseite kreuz.net wurde thematisiert. Hier war kurz zuvor noch gegen die Informationsveranstaltung in Kalk gehetzt worden. Provokationen vor Ort blieben allerdings aus. *abk* ■

10. Jahrestag 9/11

Karlsruhe/Leipzig. Der 10.Jahrestag des Anschlags auf das World Trade Center in New York ruft auch die Anhänger der sog. „Wahrheits-Bewegung“ auf den Plan. Unter dem Motto „11. September 2001 – Für die Opfer und die Wahrheit“ soll am 10. September eine Demonstration in Karlsruhe stattfinden. Organisiert wird diese von örtlichen Anhängern der verschwörungstheoretischen Internetseite „SchallundRauch“. Unterstützung erhält die geplante Demonstration, die um 14 Uhr auf dem Friedrichsplatz beginnen soll, auch von Oliver Janich, Bundesvorsitzender der neoliberalen „Partei der Vernunft“. Die umstrittene Duisburger Band „Die Bandbreite“ und Christoph Hörstel haben ihre Teilnahme ebenfalls bereits angekündigt, melden die Veranstalter. Sowohl Hörstel wie auch Janich waren in der Vergangenheit auf Veranstaltungen, auf denen auch Jürgen Elsässer aufgetreten war. Janich gehört zu den Autoren von Elsässers Zeitschrift „Compact“, in der sich Anzeigen einschlägig rechter Publikationen und Verlage finden und die die „demokratische Linke wie demokratische Rechte“ in einen Dialog bringen will. „Compact“ führt ebenfalls am 10. September in den Messehallen von Leipzig-Schkeuditz den Kongress „Inside 9/11“ durch. Dort sollen neben Janich und Elsässer u.a. Alexander Benesch, Chefredakteur von „infokrieg.tv“, Sulaiman Wilms von der „Islamischen Zeitung“ und Jan Gaspard referieren. Gaspard ist Autor eines Buches über „Freimaurer und Illuminaten“, das im Kai-Homilius-Verlag erschienen ist.

Elsässer hatte im März 2011 den Zustand der heterogenen „Wahrheits-Bewegung“ beklagt und angeboten, deren Schwächen mit Hilfe von „Compact“ zu überwinden. Gerade in der Frage des Verhältnisses zum Islam und zur islamischen Welt drücke sich diese vor einer Diskussion. *hma* ■

„Senioren-Union“ tagte

Berlin. Die „Senioren-Union“ in der CDU, der nach eigenen Angaben rund 57000 Mitglieder angehören, hat unlängst eine Konferenz in Berlin durchgeführt. Dort ging es u.a. um Fragen des „Lebensschutzes“ und um Maßnahmen für eine kinder- und altenfreundliche Gesellschaft. Das Wochenende, so die „Junge Freiheit“ (29-2011) lobend, „stand ganz im Zeichen konservativ-christlicher Duftmarken“. Zu den Rednern auf dem Kongress gehörten u.a. die „Junge Freiheit“-Kolumnistin Gabriele Kuby, der „Junge Union“-Bundesvorsitzende Mißfelder und der Bremer Vorsitzende der „Senioren-Union“, Pastor Jens Motschmann. Motschmann war Mitherausgeber des „Rotbuch Kirche“ und trat in der Vergangenheit wiederholt als Redner bei der extrem rechten „Evangelischen Notgemeinschaft in Deutschland“ auf. Kürzlich hatte der Bundesvorstand der „Senioren-Union“ ein Manifest namens „Kultur des Lebens“ beschlossen, in dem dieser „wieder mehr Orientierung, mehr inhaltliche Führung und ein konkretes christliches Leitbild“ angemahnt hatte. *hma* ■

Kundgebung gegen rechte Gewalt

Hamburg. Am 9. Juli fand in Buchholz auf Einladung der Linksjugend Solid eine Kundgebung gegen rechte Gewalt statt. Knapp hundert Leute protestierten gegen mehrere Übergriffe gegen Buchholzer Antifaschisten. So wurde der 18-jährige Torge Rau, Kandidat der Linkspartei für den Kreistag, im Juni von einem Neonazi mit dem Messer angegriffen. Auch ein Bekannter von ihm wurde von dem gleichen Neonazi mit Pfefferspray und Schlägen traktiert. In beiden Fällen wurde Strafanzeige gestellt. Der Täter stammt aus der Tostedter Szene. Hier in Todtglüsingen gibt es einen einschlägigen Szeneladen, der von einem wegen Totschlags vorbestraften Neonazi geführt wird. Unterstützt wurde die Kundgebung von der Antifaschistischen Aktion Lüneburg-Uelzen. Deren Redner berichtete, dass der Landkreis Harburg, was Nazi-Gewalt betrifft, inzwischen die Spitze in ganz Niedersachsen einnimmt. Schuld daran trü-

gen auch die Behörden des Landkreises. Antifaschisten würden bei jeder Gelenheit schikaniert und aus den Jugendeinrichtungen gedrängt. Neonazis dagegen habe man versucht, durch ein fragwürdiges Streetwork-Projekt zu „zähmen“. Das erwies sich als völliger Fehlschlag, denn die Nazis nutzten dieses Projekt, um Anhänger zu rekrutieren. Sogar bundesweit bekannte Kader wie Christian Worch und Thomas Wulff ließen sich dort blicken. In der Folge gab es Angriffe ganz neuer Qualität. Neonazis griffen Antifaschisten in deren Wohnungen an und verletzten sie. Aber es gebe Anzeichen, so der Redner, dass dem ultrarechten Treiben Einhalt geboten werden kann. In Tostedt habe sich inzwischen eine lebendige Antifa-Szene entwickelt. *hjm* ■

Jugendcamp in Heideruh

Hamburg. Im Ferienheim Heideruh in Seppensen (Kreis Harburg) fand vom 7. bis zum 11. Juli ein antifaschistisches Jugendcamp statt. Fast 30 Jugendliche waren gekommen, davon 15 für alle fünf Tage. Die meisten kamen aus dem Landkreis Harburg, je zwei aus Hamburg und Hessen. Junge Widerstandskämpfer(innen) gegen den Nazifaschismus wie Fritz Bringmann, Helmuth Hübener und Katharina Jacob wurden vorgestellt. In mehreren Arbeitsgemeinschaften ging es um so unterschiedliche Themen wie Opfer faschistischer Gewalt, Arbeit an historischen Comics und Computersicherheit, außerdem um Organisationsformen der antifaschistischen Bewegung und Widerstandsformen wie Selbstschutz oder Streetart. Am letzten Tag ging es nach Hamburg zum Hübener-Wandbild in St. Georg und zur Gedenkstätte Bullenhuser Damm. Am meisten hat die Jugendlichen beeindruckt, dass es ein solches Heim wie Heideruh überhaupt gibt. Das Haus wurde 1945 von Antifaschisten gebaut und sollte als Erholungsheim vor allem für Naziverfolgte und deren Verwandte dienen. *hjm* ■

Bundesparteitag in Bamberg: NPD gibt offenbar auf

Bamberg. Die Stadt, in der bereits mehrere NPD-Bundesparteitage stattgefunden haben, konnte nun einen juristischen Erfolg gegen ein weiteres geplantes Neonazi- Treffen erzielen. Die NPD hat ihren Antrag, ihren Bundesparteitag 2011 in Bamberg durchzuführen, am bayerischen Verwaltungsgericht wieder zurückgezogen. Das berichtete der Lokalsender Radio Plassenburg. Bambergs Oberbürgermeister Starke reagierte demnach erleichtert: Entweder habe die NPD die Argumente der Stadt anerkannt oder sie habe irgendwo anders einen Austragungsort gefunden. Die Taktik, Bundesparteitage der Rechtsextremen in der städtischen Konzert- und Kongresshalle auszuschließen, sei aufgegangen, so der Bamberger Oberbürgermeister. *Quelle: http://npd-blog.info/2011/07/10/* ■

Verbotsgesetzprozess gegen NVP-Vorsitzenden

Österreich. Christian Hayer, Vorsitzender der Nationalen Volkspartei (NVP), einer offen rechtsextremen Splittergruppe mit zahlreichen Berührungspunkten zum Neonazismus, stand Ende Juni in Wiener Neustadt vor Gericht. Laut den Niederösterreichischen Nachrichten (NÖN) vom 27.6.2011 werden ihm Delikte nach dem Verbotsgesetz, Anstiftung zu Sachbeschädigung und der Besitz einer verbotenen Waffe vorgeworfen. Hayer soll Hitler und das Hakenkreuz glorifiziert und Gesinnungsgenossen bei Feiern zu Hitlers Geburtstag bzw. bei Stammtischtreffen mit dem Hitler-Gruß gegrüßt haben. Weiters soll er laut NÖN auch dafür plädiert haben, die ehemaligen KZ Auschwitz und Buchenwald für „Ausländer“ wieder zu öffnen. Hayer bestritt an den beiden ersten Verhandlungstagen alle Vorwürfe bis auf den des Besitzes einer verbotenen Waffe vehement. Diesbezügliche Aussagen seien seiner Meinung nach erlogen. Zwecks Ladung weiterer Zeugen ist der Prozess auf unbestimmte Zeit vertagt worden. *Neues von ganz rechts*

Juli 2011, www.doew.at ■

Weitere Prozesse gegen Antifaschisten nach Neonaziaufmarsch in Remagen

Am Montag, den 25.7.2011 wird am Amtsgericht Sinzig vor dem Jugendrichter ein Strafprozess gegen drei Männer stattfinden, unter ihnen ein Heranwachsender. Der Vorwurf lautet auf „gefährliche Körperverletzung“, die im Zusammenhang mit Protesten gegen einen Neonaziaufmarsch im November 2010 in Remagen gemeinschaftlich an einem Polizeibeamten begangen worden sein soll.

Aufgrund eines bereits stattgefundenen Prozesses in gleicher Sache (12.5.2011 am Amtsgericht Bad Neuenahr-Ahrweiler), bei dem der Hauptangeklagte trotz fehlender Beweise zu einer sehr hohen Strafe verurteilt wurde, ist zu befürchten, dass auch bei dem nun anstehenden Prozess der unbedingte Verfolgungswille der Staatsanwaltschaft Koblenz zu einer Verurteilung der Angeklagten führen wird.

Worum geht es? Am 20.11.2011 fand der jährliche Aufmarsch von Neonazis in Remagen statt, gegen den protestiert wurde. Es gab eine Mahnwache sowie Versuche, den Naziaufmarsch zu blockieren, was jedoch aufgrund der starken Polizeipräsenz nicht gelang. Am Rande kam es zu einer Auseinandersetzung mit einem Streifenpolizisten, weswegen nun insgesamt sechs Personen vor dem Jugendrichter stehen – drei am 25.7.2011, wegen des Vorwurfs „gefährliche Körperverletzung“ und drei am 15.8.2011 wegen des Vorwurfs „Landfriedensbruch“. Außerdem stehen im Zusammenhang mit den antifaschistischen Protesten in Remagen auch noch ein Prozess wegen angeblicher Vermummung sowie ein Prozess wegen angeblichen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz an, der ebenfalls am 25.7.2011 am Amtsgericht Sinzig stattfindet.

Das „Aktionsbüro Mittelrhein, laut Antifa Bonn/Rhein-Sieg „eine der aktivsten und gefährlichsten Nazigruppen in Westdeutschland“, hat für den 19. November dieses Jahres schon wieder eine Demonstration in Remagen angemeldet. Zwar ist die diesjährige Neonazidemonstration bisher verboten, man muss aber davon ausgehen, dass die Anmelder sehr wahrscheinlich gerichtlich gegen das Verbot vorgehen und damit erfolgreich sein werden. Ausführlichere Informationen zu den Folgen der Proteste in Remagen unter: http://remagensoli.blogsport. de/images/remagenjuni2011.pdf

Solidaritätsgruppe für die kriminalisierten Antifaschist_inn_en von Remagen
Bonn, den 20. Juli 2011 ■

LOTTA #44 ist da
LOTTA – antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen gibt’s für drei Euro im Buchhandel (ISSN: 1865-9632) und an Infotischen. Abo 13 Euro für vier Ausgaben). Nähere Infos: http://proj

Neonazistischer „Frankentag“

Am 13. August wollen Neonazis des „Freien Netz Süd“ (FNS) wieder ein großes Rechtsrockspektakel veranstalten, das sie in Anlehnung an die NS-Tradition Julius Streichers „Frankentag“ nennen. Zum „4. Nationalen Frankentag“ lädt zwar wie im letzten Jahr offiziell der neonazistische Verein „Bund Frankenland“

um Uwe Meenen (Berlin) ein, aber in den letzten Jahren handelte es sich dabei um das Großevent des neonazistischen Dachverbands FNS. FNS-Führungskader Norman Kempken (Nürnberg) ist als V.i.S.d.P. im Einladungsflyer angegeben. In den letzten beiden Jahren hat der „Frankentag“ auf der Wiese von Beate und Lutz Passon (Niedermirsberg) in Obertrubach-Geschwand stattgefunden. Passon ist seit vielen Jahren als Aktivist der neonazistischen Szene bekannt.

Dafür, dass die Wiese in Geschwand nun erneut Ort des nunmehr 4. „Frankentags“ am 13. August sein könnte, spricht nicht zuletzt die Tatsache, dass Neonazis aus den Kreisen der internationalen „Hammerskin Nation“-Organisation hier erst am 21. Mai 2011 ein Rechtsrockkonzert mit bekannten neonazistischen Kapellen veranstalteten. Mit dabei waren die dem internationalen „Hammerskin Nation“-Netzwerk nahestehenden Bands „Vargr I Veum“ (aus dem schweizerischen Thurgau) und „Confident of Victory“ (C.O.V., aus dem brandenburgischen Senftenberg) sowie die dem internationalen „Blood & Honour“-Netzwerk zugerechnete Band „White Resistance“ (aus Schneeberg in Sachsen). Obwohl die Neonazis das Konzert bei den Behörden angemeldet hatten, war es offensichtlich weder unterbunden noch der Öffentlichkeit bisher mitgeteilt worden. In den letzten Jahren hatte die Gemeinde keine Anstrengungen gegen die ständigen neonazistischen Großveranstaltungen auf der Wiese unternommen, im Gegenteil sie vielmehr häufig vor der Öffentlichkeit abzustreiten versucht.

Zum „Frankentag“ 2011 kündigen die Neonazis neben Reden von Uwe Meenen (NPD-Landesvorsitzender, Berlin), Sebastian Schmaus (Anti-Antifa Nürnberg) und Eckart Bräuniger (NPD, Berlin) ab 14.00 Uhr (Einlass 13 Uhr) Auftritte der bekannten Rechtsrockband „Die Lunikoff-Verschwörung“ (früher: „Landser“, Berlin) sowie von „FLAK“ (Rheinland) und „Untergrundwehr“ (Würzburg) an.

www.aida-archiv.de ■

Antwort auf Kleine Anfrage: Entzug von Kriegsbeschädigtenrenten für Naziverbrecher

BERLIN. Beim Ausschluss von Nazi-Verbrechern von Kriegsopfer-Renten ist die historische Aufarbeitung im wahrsten Sinn des Wortes bei einem Prozent der Arbeit stecken geblieben: 1998 hat der Bundestag beschlossen, dass Kriegsbeschädigte, die an Kriegsverbrechen beteiligt waren, keine Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz mehr erhalten sollten. Solche Zahlungen erhalten Personen, die infolge des Wehrdienstes für deutsche Truppen oder anschließender Kriegsgefangenschaft bleibende Gesundheitsschäden erlitten haben. Dazu zählen auch SS-Angehörige, inklusive der Angehörigen ausländischer Kollaborateure. Zur Umsetzung des Gesetzes sollten sämtliche (damals rund 940.000) Bezieher dieser Zahlungen überprüft werden. Doch dieser Beschluss wurde von Ländern und dem Bund stillschweigend ignoriert.

DIE LINKE wollte in einer Kleinen Anfrage wissen, wie das Gesetz umgesetzt wurde. Wie aus der Antwort der Bundesregierung hervorgeht, wurden nur 10.000 Personen tatsächlich überprüft, die ehemalige SS-Freiwillige waren, sowie sämtliche Anträge, die nach (!) Verabschiedung des Gesetzes neu gestellt wurden. Die Überprüfung der Bestandsfälle wurde unterlassen: „Eine Überprüfung aller Versorgungsfälle unabhängig vom Bestehen konkreter Verdachtsmomente wäre aus Sicht der Länder wegen des dafür erforderlichen personellen und technischen Aufwands nicht vertretbar gewesen“, teilt die Bundesregierung mit. Statt dafür zu sorgen, dass Nazi-Verbrecher keine staatlichen Extrazuweisungen erhalten, wurden kurzerhand die Kugelschreiber zur Seite gelegt. Die Beschränkung der Prüfung auf die SS-Mitglieder ist offenkundig Ausdruck davon, dass in deutschen Amtsstuben zumindest im Jahr 1999 noch der Mythos von der angeblich „sauberen Wehrmacht“ nachwirkte. Als ob nur die SS, nicht aber die Wehrmacht Verbrechen begangen hätte. Die Bundesregierung hätte die Pflicht gehabt, den Bundestag über diese Gesetzesverschleppung zumindest von sich aus zu informieren.

Die Antwort steht zum Download auf der website: **www.ulla-jepke.de**

Rechte Konkurrenzen

Im Berliner Wahlkampf ringen Neonazis und Rechtspopulisten auch untereinander weiter um Stimmenanteile. Die NPD gab eine Wahlkampfzeitung heraus, erntete jedoch mit einem darin enthaltenen Quiz Kritik in den eigenen Reihen (Fragen zu Rudolf Heß, zum Vornamen des Parteigründers Adolf Thadden u.ä.). Parteivorsitzender Voigt griff ein, verteidigte die Herausausgabe und stellte dabei fest, man bräuchte in der Tat 2011 keine 83 Demonstrationen, die sich mit den Terrorangriffen alliierter Bomber beschäftigten, sondern zeitgemäße Aktionen und Demos wie z. B. gegen Ausbeutung. Haifischkapitalismus, Massenentlassungen, Zuwanderung, Kriegsbeteiligung deutscher Soldaten, EU-Knechtschaft und Euro. Jürgen Gansel begründete kürzlich in einem längeren Artikel, dass Wohnungsmangel und Mietwucher als Mobilisierungsthema für Berlin geeignet seien.

Die Bürgerbewegung „pro Deutschland“ hetzt in ihrem Wahlprogramm gegen „kulturfremde Zuwanderer“ und den Islam und schreibt mit Forderungen wie „Rückführung“ in die Heimatländer und „Beschränkung der Sozialleistungen auf die Gemeinschaft der Staatsbürger“ u.a. bei der NPD ab. Gefordert wird ebenfalls ein „härteres Durchgreifen von Polizei und Justiz“. Ende August soll ein „Anti-Islamisierungskongress“ in Berlin stattfinden.

Die Partei „Die Freiheit“ provoziert zum zweiten Mal mit dem Auftreten des niederländischen Islamfeindes Geert Wil-

Nonpd-Kampagne in Mecklenburg-Vorpommern

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) startete am 27. Juni in Mecklenburg-Vorpommern die Kampagne nonpd gegen den Wiedereinzug der NPD in den Landtag und bekräftigt ihre Forderung nach einem NPD-Verbot. Die Initiative wird von ver.di Nord unterstützt. Vermittelt wird der Wahlaufruf in Mecklenburg-Vorpommern durch eine Kampagnenzeitung, die 200.000 mal im Lande verteilt wird.

„Wir klären über die Nazi-Nähe der NPD-Arbeit im Landtag auf“, so Axel Holz, Landesvorsitzender der VVN-BdA. Das Blatt informiere zudem über die erhebliche staatliche Finanzierung der NPD und über neofaschistische Gewalt im Land. In der Zeitung werden die Wahlberechtigten aufgerufen, am 4. September 2011 einer demokratischen Partei für den Landtag ihre Stimme zu geben. „Eine hohe Wahlbeteiligung der Demokraten im Lande kann helfen, einen erneuten Einzug der NPD ins Schweriner Schloss zu verhindern“, bekräftigt Ernst Heilmann, Leiter des Landesbüros von ver.di in Mecklenburg-Vorpommern.

Gemeinsame Pressemitteilung von VVN-BdA e.V. und ver.di Nord ■

Das „Wahlextra“ findet man unter www.mv-vvn-bda.de

„Edelweißpiratenfestival“:
Siebte Auflage des „lebendigen Denkmals“

KÖLN. Mit einem Open-Air-Festival im Friedenspark endete am vergangenen Sonntag die siebte Auflage des „Edelweißpiratenfestivals“. Trotz wechselhaften Wetters zog es auch

in diesem Jahr wieder tausende Menschen in den Friedenspark in der Südstadt. Rund um das ehemalige Fort I mit dem dazugehörigen militaristischen „Ehrenmal“ für die „Helden von 1914 –18“ wird seit 2005 jährlich an den lang verdrängten Jugendwiderstand gegen die Nazis erinnert.

Das „lebendige Denkmal“ zu Ehren der „Antihitlerjugend“ glich am Sonntag vor allem einem bunten Fest. Zwischen Pop und Soul auf Suaheli: Auf fünf Bühnen nahmen die beteiligten Bands die Zuhörer mit auf eine Reise quer durch die Genres und Generationen – „unangepasst im besten Edelweißpiratenfestival-Sinne“, wie die Veranstalter schreiben. Ernster ging es im „Zeitzeugen-Café“ zu, dass die Gelegenheit bot, mit ehemaligen „Edelweißpiraten“ ins Gespräch zu kommen. Im Inneren war die Ausstellung „Von Navajos und Edelweißpiraten – Unangepasstes Jugendverhalten in Köln 1933 – 1945“ des NSDOK zu besichtigen.

Auch politische Initiativen wie „Kein Mensch ist illegal“ oder die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) informierten über ihre Arbeit. Seit Ende Juni hatte ein Rahmenprogramm zum Festival stattgefunden. Angeboten wurde unter anderem eine Wanderung im Ahrtal mit dem Edelweißpiraten Hans Fricke und eine musikalische Stadtführung auf den Spuren des Widerstands der „Navajos“ im Severinsviertel. Organisiert wurde das Festival vom Edelweißpiratenclub e.V., dem NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln, Südstadtleben e.V. sowie Humba e.V. Oberbürgermeister Jürgen Roters hatte wie in den Vorjahren die Schirmherrschaft übernommen. *mf* ■

Fotos: Dominik Clemens

„Der heilige Schein“

KÖLN. Für Mittwoch, den 20. Juli hatte die VVN zu einer Diskussionsveranstaltung mit dem Theologen David Berger in das Naturfreundehaus in Kalk eingeladen. Ende 2010 ist Bergers Buch „Der heilige Schein – Als schwuler Theologe in der katholischen Kirche“ erschienen. Bergers Buch ist eine Abrechnung mit dem rechten Rand des Katholizismus. Selbstkritisch reflektiert Berger darin seine eigene Rolle als jahrelanger Herausgeber einer konservativ-katholischen Zeitschrift („Theologisches“) und beschreibt, wie der Gedanke in ihm reifte, aus diesem Milieu auszusteigen.

Als antifaschistische Organisation interessierten uns vor allem die Passagen, die sich mit dem rechten Rand der Kirche und ihrer Vernetzung mit dem rechten politischen Rand auseinander setzen. In Kalk hat die durch den Holocaust leugnenden Bischof Williamson bekannt gewordene „Priesterbruderschaft St. Pius X.“ in der Steinmetzstraße eine Kirche erworben. Und so waren auch einige Kalker gekommen, um mehr über diese reaktionäre Bruderschaft zu erfahren. In seinem Vortrag legte Berger deshalb den Schwerpunkt auf diese extrem rechte Gruppierung des Katholizismus. Er berichtete über die Homophobie, die Doppelmoral und den grassierenden Antisemitismus in diesen Kreisen. Berger schilderte bedrückende Begegnungen in Priesterseminaren und Schulen der fundamentalistischen „Priesterbruderschaft St. Pius X.“ und seine Erfahrungen als Teilnehmer illustrer „Herrenabende“ in Düsseldorf, auf denen auch bekannte Vertreter der extremen Rechten auftraten.

In der Diskussion hob er hervor, dass es eine zunehmende Vernetzung erzkonservativer Katholiken mit der extremen Rechten gibt und dass ihr Einfluss in der katholischen Kirche sehr stark ist. Allerdings noch nicht so stark wie in Frankreich, wo die Piusbruderschaft und der Front National eng miteinander verzahnt seien. Sollte sich in Deutschland eine attraktivere rechtspopulistische Partei herausbilden, kann eine solche Entwicklung seiner Einschätzung nach aber auch hier eintreten.

Berger tritt für eine striktere Trennung von Kirche und Staat ein. In vielen sozialen Einrichtungen, die durch Steuergelder – nicht durch Kirchensteuer finanziert werden – werde z. B. das Arbeitsrecht ausgehebelt. So sei erst kürzlich einer Putzfrau in einem Essener Kindergarten gekündigt worden, weil sie ihre Partnerschaft mit einer anderen Frau legalisiert habe.

Das Buch von David Berger, „Der heilige Schein“ ist im Ullstein Verlag erschienen und kostet 18 Euro. *u.b.* ■

Foto: mp

Fortsetzung von Seite 1

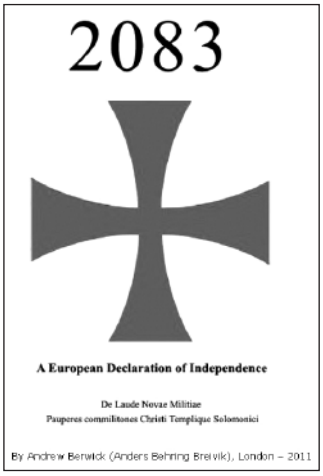
Wie ebenfalls bekannt wurde, hatte der Massenmörder Breivik ungefähr gleichzeitig auch eine 1500 Seiten umfassende Schrift – eine Art Manifest – unter dem Titel „A European Declaration of Independance – 2083“ ins Internet gestellt. In der Brandschrift sprüht der junge Mann Gift & Galle gegen „Multikulturalismus“, Moslems, Marxismus und behauptet etwa rundheraus, der Islam sei „eine Genozid-Ideologie“. Er spricht sich darin ferner dafür aus, terroristische Mittel einzusetzen, „um die Massen zu erwecken“, „aufwachen zu lassen“. Breivik, der behauptet, seine Manifestschrift innerhalb von neun Jahren verfasst zu haben und dieselbe auf Englisch mit „Andrew Berwick, Kommandant der nach Recht strebenden Ritter“ unterzeichnete, legt darin einige seiner ‚Kampf'ziele dar. So schreibt er: „Bevor wir unseren Kreuzzug beginnen, müssen wir unsere Pflicht tun, indem wir den kulturellen Marxismus dezimieren.“

Unter den von ihm so genannten „kulturellen Marxismus“ rechnet Berwick auch die norwegische Arbeiterpartei – die sozialdemokratische Regierungspartei –, und sein Manifest enthält eine direkte Anspielung auf eine Attacke gegen deren Jugendorganisation, welche nun zum Opfer des Mordangriffs auf der Insel Utoeya wurde. Brisant ist übrigens noch, dass laut Informationen der finnischen Zeitung ‚Helsingin Sanomat' das Manifest am Freitag Nachmittag durch ein führendes Mitglied der Partei „Wahre Finnen“ (Perussuomalaiset, PS), einer rechtsextremen Partei mit starken christlichen Einflüssen in Finnland, per E-Mail versandt wurde.

Da waren aber viele enttäuscht, die sich sofort beeilt hatten, die Attentate islamistischen Urherbern in die Schuhe zu schieben. Und, einmal mehr, eine vermeintlich geradlinige Verbindung von „Moslems“ (und moslemischen Einwanderern) über „Islamisten“ bis hin zu „islamistischen Terroristen“ zu ziehen: Alle schuldig! So hatte der moslemfeindliche und neokonservative Blog „Extrême centre“ noch am Samstag, den 23. Juli 11 – als die Identität des Attentäters längst festzustehen schien – mit folgender Schlagzeile getitelt: „Islamische Schlächterei in Norwegen.“

Folglich bedeutet es für diverse rassistische Milieus, für hauptberufliche Moslemhasser, Anhänger des „Kampfs der Kulturen“ gegen den Islam (darunter solche, die tatsächlich oder vorgeblich Israels Politik und Militäraktionen unterstützen; und wiederum andere, die gegen Israel überhaupt eintreten), für Neofaschisten und neokonservative ‚War on terror'-Anhänger eine Herausforderung, sich den neuen Nachrichten über die Urheberschaft des Massenmords in Norwegen zu stellen. Gehörte Breivik doch zu ihrem Spektrum. Er war von 1997 bis 2006 Mitglied der Jugendorganisation der großen „rechtspopulistischen“ bis rechtsextremen norwegischen „Fortschrittspartei“(FrP), und von 2004 bis 2006 zusätzlich auch der Partei selbst – worüber ihre Chefin Siv Jensen nun nachträglich ihr „Bedauern“ ausdrückte. Im Jahr 2009 warf Breivik dann in einer Nachricht im Internet allerdings seiner früheren Partei vor, die FrP wolle nunmehr „die multikulturellen Erwartungen und das selbstmörderische Ideal des Humanismus erfüllen“, laufe also dadurch ihren Gegnern hinterher.

Der Attentäter zählt nicht zu der (relativ kleinen) Fraktion der europäischen extremen Rechten, die beispielweise offen Adolf Hitler verehrt, sondern zu dem Teil des rechten Spektrums, das besonders gegen „den“ Islam hetzt, (vordergründig oder auch inbrünstig) Israel unterstützt und sich auf „westliche Werte“ beruft. Kurz, zu der Strömung, die ihre Ideologie nicht aus dem Nationalsozialismus schöpft, sondern eher an die fanatischen Teile der ‚Tea Party' in den USA, die Siedlerbewegung in Israel und ähnliche Phänomene anknüpft – und u.a. durch Geert Wilders in den Niederlanden oder die Moslemhasser- und Sozialdarwinisten-Webseite ‚Politically Incorrect' (PI) in Deutschland repräsentiert wird. (PI rief im Jahr 2009 indirekt, aber deutlich zur Wahl der rechtsextremen deutschen Partei ‚Die Republikaner' auf, vgl. dazu http://www.pi-news.net/2009/05/europawahl-optionen-fuer-islamkritische-waehler/) Beide Strömungen ko-existieren nebeneinander in der heterogenen, extremen Rechten Europas. Breivik selbst bezeichnete sich u.a. als „für Israel“, „antieuropäisch“, „gegen die UN“ und „für Freihandel“; Nazismus, Kommunismus und Muslime seien als Negativphänomene und Feinde alle auf eine Stufe zu stellen.



Titelblatt von Breiviks 1500-Seiten-Schrift

Am Freitag wurde (durch eine unbekannte Quelle) auch eine Zusammenstellung von früher durch Breivik im Internet publizierten Texten und Mitteilungen im Netz veröffentlicht, darunter auf der – derzeit nicht zugänglichen – Webseite „Document.no“, bei der er in den Jahren 2009/10 als Mitglied eingeschrieben war. Dort schrieb er unter anderem:

„Die Leute müssen wissen, was die herrlichen multikulturellen Lehren Europa angetan haben: die systematische Zerstörung der europäischen Christenheit, der Traditionen, der Kultur, der nationalen Identität und der Souveränität. Diese politischen Mechanismen konnten nur zur Islamisierung Europas führen.“ Dafür wiederum seien „der 68er Geist“ sowie der, laut Breivik anscheinend allgegenwärtige, „Marxismus“ – den er bei Sowjetkommunisten ebenso wie bei kreuzbiederen Sozialdemokraten verortet – verantwortlich. Breivik, der den historischen Nationalsozialismus ebenfalls ablehnt, schreibt dazu ferner: *„Wenn Westeuropa und die USA nach dem Zweiten Weltkrieg alle Marxisten ins Gefängnis gesteckt und die marxistische Ideologie als genau so hassenswert wie den Nazismus betrachtet hätten, wären wir nicht an dem Punkt angelangt, wo wir sind“.*

Die Polizei beschreibt Breivik als „christlichen Fundamentalisten“. Er selbst schrieb jedenfalls über sich, er sei „Protestant“ – wozu er sich im Alter von 15 Jahren „aktiv entschieden“ habe, doch „seine Kirche“ sei ebenfalls durch das Multikultitum zersetzt:

„Heute ist der Protestantismus ein großer Witz. Man sieht Gläubige in Jeanshosen, die für die Palästinenser demonstrieren, und die Kirchen wirken mehr und mehr wie kleine Einkaufszentren. (...) Das Einzige, was die protestantische Kirche retten könnte, wäre eine Rückkehr zu ihren traditionellen Werten.“

Das klingt natürlich Rassisten und anderen Rechten wie aus der Seele gesprochen. Entsprechend groß ist die Herausforderung für sie, nun mit den Ergebnissen irgendwie umzugehen. Die deutschsprachige Webseite ‚Politically Incorret' berichtete denn auch am Samstag, den 23. Juli 11 unter dem Titel „Fall Anders B., eine konservative Katastrophe“ über den Fall. In ihrer inhaltlichen Bewertung halten die PI-Macher, die irgendwo im Feld zwischen dem rechten CDU- und FDP-Flügel und rechtsextremen Parteien wie den ‚Republikanern' angesiedelt sind, sich derzeit noch zurück. So hei-t es dort am Samstag:

„Dieser Beitrag soll darum auch eine sachliche Analyse und kein Reinwaschen von Eigenverantwortung sein.

Weiter Seite 9

Reaktionen aus der europäischen extremen Rechten auf die Massenmord-Anschläge von Oslo –

Schuld abweisen, rechtfertigen, aktiv drohen

Deutsche und französische Stimmen von Ganz Rechts

Statt Wunsiedel jetzt Bad Nenndorf

Wie bereits berichtet (siehe AN Nr. 14) wollen Neonazis am 6. August 2011 in Bad Nenndorf ihren alljährlichen „Trauermarsch“ durchführen. In verschiedenen Stellungnahmen und Flugblättern wird der Widerstand gegen diesen Aufmarsch der Neonazis organisiert. So schreibt das Bündnis „Copy and Paste“: „Wie in den vorherigen Jahren werden Rechte aus ganz Deutschland sowie dem benachbarten Ausland erwartet. Auch die „Autonomen Nationalisten Bückeburg“ haben in Bückeburg massiv für den Naziaufmarsch in der Kurstadt geworben. Zusammen mit ihren Gesinnungsgenoss_innen planen sie am kommenden Wochenende den ehemaligen Insass_innen des Militärgefängnisses „Wincklerbad“ ein Heldengedenken zu inszenieren. Damit ehren sie bewusst NS-Verbrecher wie den Waffen-SS General Oswald Pohl, welcher, Himmler unterstellt, für die Koordination der Judenverfolgung“ zuständig war. ... Wir lassen weder zu, dass sie ihre verdrehte Weltanschauung in Bückeburg unwidersprochen verbreiten noch Überfälle auf ihre Feindbilder durchführen können. Kein Fußbreit den Faschist_innen! Für einen offensiven Antifaschismus!“ [1]

INPUT – antifaschistischer Themenabend in Düsseldorf: Der neonazistische „Trauermarsch“ in Bad Nenndorf
27. Juli 2011, Beginn: 19.30 Uhr
Zentrum Hinterhof, Corneliusstr. 108,
http://www.linkes-zentrum.de
Der Referent Pierre Lohmann vom Bündnis „NS-Verherrlichung in Bad Nenndorf stoppen“ informiert auf der Veranstaltung über Hintergründe, Mythen, Akteure und Bedeutung des „Trauermarsches“, aber auch über den Widerstand gegen das neonazistische und geschichtsrevisionistische Treiben.

Die IG-Metall-Nienburg-Stadthagen schreibt in ihrem Aufruf: „ Am 6. August 2011 findet in Bad Nenndorf ein friedlicher Protestzug gegen den NS-»Trauermarsch« statt. Die Nazis ziehen zum Wincklerbad, das zwischen 1945 und 1947 ein Spezialverhörlager des britischen Militärgeheimdienstes war; dort kam es auch zu Misshandlungen. Nach dem Verbot der Rudolf-Hess-Gedenkmärsche in Wunsiedel 2005 wechselten die Nazis ihre Taktik. Die Rede ist seitdem vom »alliierten Bombenterror« in Dresden und vom »Folterlager« in Bad Nenndorf. Die Umkehr der Kriegsschuld steht bei den Nazis jetzt im Mittelpunkt ihrer Demagogie. Tatsächlich handelt es sich bei den »Trauermärschen« in Bad Nenndorf um die unmittelbare Verlängerung der Rudolf-Hess-Gedenkmärsche unter anderem Namen! Ein kurzer Blick in die Liste der nationalsozialistischen Gefangenen im Wincklerbad reicht, um dies zu belegen:

SS-Obergruppenführer Oswald Ludwig Pohl, Leiter des SS-Wirtschafts-Verwaltungs-Hauptamtes der SS; nach Heinrich Himmler die Nr. 2 in der SS; Organisator des industriellen Massenmordes an den europäischen Juden. Deswegen in Nürnberg zum Tode verurteilt und 1951 in Landsberg aufgehängt.

Helmut Beck-Broichsitter, Major im Generalstab der Panzerdivision Großdeutschland. Zu dieser Panzerdivision gehörten die sogenannten »Brandenburger«. Die Brandenburger wurden berühmt durch den inszenierten Überfall auf den Sender Gleiwitz, mit dem Hitler den Krieg gegen Polen rechtfertigte. Beck-Broichsitter war nach 1945 in eine Verschwörung gegen die Alliierten verwickelt, weshalb er in Bad Nenndorf landete....

Wir rufen alle Menschen auf, gemeinsam mit uns friedlich gegen den Naziaufmarsch zu demonstrieren.“ [2]

In dem Flugblatt des Bündnisses „Bad Nenndorf ist bunt“ wird gefordert: „ Treten Sie einem erneuten Nazi-Aufmarsch entschlossen entgegen! Beteiligen Sie sich daran, dem SA-ähnlichen Aufmarsch lautstark Paroli zu bieten! Wir fordern ein Verbot der Nazi-Aufmärsche am Wincklerbad in Bad Nenndorf. ... Wir zeigen Zivilcourage, wir bekämpfen alle Spielarten des Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.“ [3]

Auf der Seite gedenken-badnenndorf.info mobilisieren die Faschisten nach Bad Nenndorf. Ihre Gesinnung bringen sie in dem nachfolgend dokumentierten Forderungskatalog zum Ausdruck, der die Täter zu Opfern erklärt:

„Eine Gedenktafel für die Opfer muss am Wincklerbad befestigt werden, da die Namen und Schicksale der Opfer niemals in Vergessenheit geraten dürfen.

• Das Leugnen und Verharmlosen der alliierten Kriegs- und Nachkriegsverbrechen muss sofort unter Strafe gestellt werden.

• Die deutschen Opfer müssen als solche anerkannt werden und dürfen nicht zu „Opfern 2. Klasse“ erniedrigt werden.

• Alle geheimen Akten müssen freigegeben und die Geschichte auf Grundlage dieser Inhalte neu bewertet werden.

• Die Informationen über die Hintergründe der alliierten Verbrechen müssen der Öffentlichkeit in vollem Umfang zugänglich gemacht werden.

• Ein Teil vom Wincklerbad muss auf den Zustand zurück gebaut werden, den es zum Zeitpunkt der Foltereinrichtung hatte. In diesen Räumen sollte sich dann der Bürger informieren und selbst ein Bild machen können.

• Schluss mit dem einseitigen Geschichtsbild in den Schulen! Die Kriegs- und Nachkriegsverbrechen der Alliierten müssen im Unterricht thematisiert werden.

• Auch nach über 60 Jahren befinden sich die „Befreier“ von damals im Land. Doch wir brauchen und wollen keine fremde Armee im eigenen Land. Das deutsche Volk hat ein Recht auf Freiheit und Souveränität, deswegen: Besatzer Raus!“ [4]

Zur Mobilisierung gegen das Auftreten der Neonazis in Bad Nenndorf werden derzeit Veranstaltungen organisiert, in denen über die Hintergründe der faschistischen Aufmärsche informiert wird. So u. a. in Hamburg, Oldenburg, Uelzen, Göttingen, Düsseldorf, Hameln, Veltheim, Hannover, Hildesheim.

2010 protestierten weit über 1000 Leute gegen die Gesinnung und den Aufmarsch der Neonazis.

Auch 2011 wird es gelingen, mit einem breiten Bündnis zu protestieren und den „Trauermarsch“ zu stören.

bee ■

Quellen:
1) „Copy and Paste“
2) IG-Metall-Nienburg-Stadthagen
3) www.bad-nenndorf-ist-bunt.com
4) http://gedenken-badnenndorf.info

All die Zerstörungswut ist nach gegenwärtigen Erkenntnissen das Werk eines einzigen Mannes, eines konservativen Norwegers, der auf der der größten islamkritischen Website Norwegens document.no als Kommentator bekannt war. PI hat versucht, mehr über diesen Mann herauszufinden." Und weiter: *„Was er schreibt sind großenteils Dinge, die auch in diesem Forum stehen könnten. (…) Ob Breivik an einer psychischen Krankheit leidet, die seither* (Anm. : seit seinem letzten Blog-Eintrag von Ende Oktober 2010) *schlimmer geworden ist, entzieht sich unserer Kenntnis."*

Die Webseite fügt ferner, aufrichtig kleinlaut, noch hinzu: *„Dennoch ist es wichtig zu bemerken, dass die ‚Bösen' nicht immer nur andere sind. Wir dürfen uns vor lauter Auf-andere-mit-dem Finger-Zeigen nicht unserer Eigenverantwortung entziehen. Wir stehen in der Verantwortung für unser Handeln und Denken. Und in dieser schweren Stunde ist es unsere Pflicht, die Schuld nicht zuerst bei anderen zu suchen, sondern den Angehörigen unser Beileid auszusprechen."*

Am Sonntag früh, den 24. Juli 2011, liest man bei PI neu, es geht um die Entdeckung des 1500/seitigen Manifests des Attentäters Breivik: *„Der 1500-seitige Text liegt uns vor, konnte aber heute morgen noch nicht gelesen werden. Auch Henryk M. Broder sei erwähnt. Außerdem enthalte der Text Anleitungen zum Bombenbau, weshalb hier keine weiteren Verweise folgen. Wie gesagt, 100-prozentig sicher, ob der Text vom Attentäter stammt, ist die Presse noch nicht."*

Reaktionen in Frankreich

In Frankreich – einem Land das nicht nur eine der derzeit stärksten rechtsextremen Parteien in Westeuropa aufweist, sondern durch Breivik explizit auch als eines der Hauptziele seiner „Kreuzzügler" bezeichnet wurde (wegen der angeblichen hohen Zahl moslemischer Einwanderer) – kamen innerhalb kürzester Zeit heftige Reaktionen aus dem Spektrum der extremen Rechten. Im Unterschied zu PI ist dieses allerdings nicht in die Defensive gegangen, sondern hetzt auch weiterhin aktiv gegen seine Gegner, das Massaker von Oslo sogar zum Vorwurf gegen diese wendend.

Der frühere Vizepräsident des französischen Front National (FN), Bruno Gollnisch – er unterlag im Januar 2011 als Kandidat für den Parteivorsitz gegen die bisherige „Cheftochter" Marine Le Pen – sandte am frühen Samstag Abend gegen 20.30 Uhr ein Kommuniqué über seine Webseite aus. Es stand unter der Überschrift „Auf ein neues Carpentras zu?" Dadurch spielt er auf die Schändung des jüdischen Friedhofs im südfranzösischen Carpentras an, die in der Nacht des 8. Mai 1990 begangen wurde. Die antisemitische Tat war zuerst mit der extremen Rechten in Verbindung gebracht worden, doch die Täter konnten lange Zeit nicht ermittelt werden. Deswegen hatte die extreme Rechte sich damals zum Opfer eines angeblichen „Staatskomplotts" (der damalige Staatspräsident François Mitterrand hatte die Rechtsextremen damals offen kritisiert, und die französische Nationalversammlung nahm am 2. Juli 1990 ein neues Gesetz zur Strafandrohung gegen Auschwitzleugnertum an) stilisiert. Im November 1995 fuhr der Front National sogar mit einem durch ihn angemieteten Sonderzug, dem „Zug der Wahrheit", nach Carpentras, um dort für sein „Recht" auf politische und moralische Rehabilitierung" zu demonstrieren. Ende Juli 1996 konnten die vier Täter jedoch festgenommen werden. Es handelte sich um Rechtsextreme. Einer von ihnen, ein früherer Neonazi-Skinhead (und zeitweiliges Mitglied des FN), war zwischenzeitlich zum Buddhismus und zur Gewaltlosigkeit konvertiert, hatte Reue empfunden und bei der Polizei ausgepackt. Auch wenn die Täter nicht direkt mit dem FN in Verbindung standen, sondern mit der inzwischen aufgelösten Neonazi-Splitterpartei PFNE, so kamen sie doch aus seiner Ecke. Beim Front National wird allerdings bis heute bruchlos behauptet, es habe sich bei der Affäre um eine politische Verschwörung gegen die eigene Partei gehandelt, und deshalb benutzt Gollnisch auch den Ausdruck „Carpentras" als Synonym für „Komplott gegen uns".

In seinem Kommuniqué schreibt Bruno Gollnisch dazu: *„Wie es vorauszusehen war, beginnt das Töten in Norwegen einigen ausgewiesenen Verformern der Wahrheit Elemente dafür zu liefern, um eine ‚extreme Rechte' anzuklagen, welche eher ins Reich der Mythologie denn der Realität gehört."* Das Hauptargument zieht Gollnisch daraus, dass Anders Behring Breivik gar kein christlicher Fundamentalist gewesen sein könne, sondern – Freimaurer. Denn seine Facebook-Seite weise unter der Rubrik „Beschäftigung/Aktivitäten" keinen Eintrag bezüglich einer religiösen Betätigung aus. Hingegen habe die rechtsextreme Publikation ‚Nouvelles de France'– argumentiert Gollnisch weiter – „unter der Feder von Eric Martin" herausgefunden, dass Breivik zu der Freimaurer-Loge ‚John Piliers' gehöre. Auf deren Webseite, so Gollnisch, werde „tatsächlich ein Anders Behring als Mitglied aufgeführt". Nämlicher Eric Martin konnte seinerseits einen Text auf mehrere rechtsextreme Webseiten setzen, der auf die Fragestellung endet: *„Warum sollte die Feindseligkeit von Anders Behring Breivik gegen den Islam grundsätzlich die Tatsache eines Christen darstellen – und nicht die eines Freimaurers?"* Der Hinweis auf eine – angebliche oder tatsächliche, durch uns derzeit nicht zu überprüfende – Zugehörigkeit Breiviks zu einer Freimaurergruppierung soll in den Reihen der französischen extremen Rechten zu einem sofortigen Aha-Effekt führen. Der Ausdruck „Freimaurer" gilt dort als Synonym für „verschwörerische Geheimgesellschaft", „finstere Machenschaften" – und gleichzeitig für „Anti-Christentum". Die verschwörungstheoretische Konnotation des Begriffs „Freimaurertum" rührt daher, dass deren Gesellschaften – die ursprünglich Organisationsformen der Facharbeiter des Mittelalters, nämlich der Erbauer der gothischen Kathedralen, gewesen waren – im Vorfeld der Französischen Revolution dem damaligen revolutionären Bürgertum als Dach für seine Treffen und Aktivitäten dienten. Deswegen haftet ihm aus Sicht der extremen Rechten, die lange Zeit den historischen Bruch von „1789" mehrheitlich scharf ablehnte, immer etwas „Subversives" an. Anders als in Frankreich waren die „Logen" der Freimaurer in Skandinavien nie als kirchenfeindlich oder gar gegen das Christentum begriffen worden. Während das französische Freimaurertum historisch von ihren Mitgliedern eine Verpflichtung auf die Aufklärungsphilosophie forderte, waren die skandinavischen Logen immer „deistisch". Insofern könnte Breivik theoretisch auch Freimaurer gewesen sein – sofern es überhaupt zutrifft –, wenn er zutiefst christlich orientiert war.

Das Motiv „Der Täter kann nicht christlich-fundamentalisch gewesen sein, denn er war Freimaurer" stellte auch die Ausrichtung eines Großteils der sonstigen rechten Reaktionen dar. Und zwar strömungsübergreifend: Einige Freunde der israelischen Rechten beriefen sich ebenso auf dieses Argument, wie der wegen Holocaust-Relativierung Ende 2004 aus dem Hochschuldienst entfernte frühere Juraprofessor Bruno Gollnisch es tat. Dieselbe Quelle, also Eric Martin, wird etwa auch durch den rechtskatholischen und extrem pro-israelischen Autor Michel Garroté zitiert. Dessen Artikel (unter der Überschrift „Attentate von Oslo: Der ‚christliche Fundamentalist ist nicht fundamental christlich") wurde sowohl auf der neokonservativen, pro-israelischen und moslemfeindlichen Webseite DRZZ.info als auch bei der rassistischen und FN-nahen Seite ‚La Valise ou le cercueil' (vgl. unten) publiziert. Michel Garroté verortet seinen eigenen politischen Standpunkt selbst „zwischen dem rechten Flügel der (konservativen Regierungspartei) UMP und dem Front National", wie er in einem Artikel vom 7. Januar 2011 unter der Überschrift „Islam und Abkommen UMP/Front National" eigenhändig dargelegt hatte. Er zählt ferner zu den führenden Aktivisten einer „Christlich-jüdischen Allianz für Israel".

Eine andere Schiene fuhr die rechtsextreme Internet-Presse, was die Frage des Hasses Breiviks auf „den Multikulturalismus" betrifft. In dieser Frage rechtfertigen diverse rechtsextreme Publikationen seine Motive geradezu – und stellen den Attentäter als Opfer hin, da ihm aufgrund der derzeitigen Situation einfach hätten „die Sicherungen durchbrennen" können oder müssen. →

Auf der rechtsextremen Webseite ‚La valise ou le cercueil' („Den Koffer oder den Sarg", eine Anspielung auf einen historischen Ausspruch, der die Mentalität der europäischen Siedler in Algerien zu Ende des algerischen Unabhängigkeitskriegs 1962 auf den Punkt brachte) – stehen etwa mehrere Beiträge, in denen so argumentiert wird. ‚La valise ou le cercueil' steht, besonders seit der Übernahme des Parteivorsitzes durch Marine Le Pen, auch dem FN und seiner Führung nahe. Es handelt sich um eine Publikation, die im Milieu der französischen Berufsvertriebenen aus Nordafrika (welche sich dort infolge der Entkolonialisierung aus dem Staub machten) angesiedelt ist und sich oft auch positiv auf die israelische Rechte bezieht.

Am Sonntag, den 24. Juli 11 wurde dort einige Minuten vor 9 Uhr ein Beitrag unter der Überschrift „Anders Behring Breivik: Wohin der Multikulturalismus führt" ins Netz gestellt. Darin heißt es u.a. wörtlich: *„Junge Leute, die alle Vorzüge haben, lassen unter dem Druck der Propaganda und der ‚métissage'* (Anm.: durch deutsche Wörterbücher als ‚Rassenmischung' übersetzt, der Begriff hat im Französischen aber keinen derart scharfen Klang) *eine Sicherung durchbrennen. Ein Vorzeichen dafür, dass Nationalisten sich jetzt auch wie muslimische Terroristen verhalten können, die alle Techniken des Angriffs auf die westlichen Völker nutzen."* Der Massenmord von Oslo wird also quasi wie ein Vergeltungsschlag dargestellt, auch wenn noch präzisiert wird, der Täter sei sozusagen durchgeknallt.

Noch unverkennbarer klingt die Drohung heraus, wenn ein paar Minuten später dieselbe Webseite einen neuen Artikel unter der Überschrift: „Oslo, hier ist das Ergebnis des Multikulturalismus. Andere werden folgen" publiziert. Der Rest des Artikels ist im Übrigen kein redaktioneller Beitrag, sondern die Übernahme eines Beitrag aus dem bürgerlichen Wochenmagazin ‚L'Express', das sachlich referiert, welche Einstellungen der Attentäter hegte und welche Äußerungen er von sich gab.

Aus der neokonservativen, die israelische Rechte unterstützende und einen „Schock der Kulturen (gegen den Islam)" predigenden Ecke kommen ebenfalls aktuelle Stellungnahmen. So aus der Feder des fanatischen Unterstützers der israelischen Rechten sowie der US-amerikanischen Bewegung Tea Party, Guy Millière. Dieser thatcheristische Ideologe, der beharrlich vom bevorstehenden Untergang Europas („wegen Sozialismus und Islamismus") faselt und mit Schaum vor dem Mund eine „Befreiung" der – grundsätzlich überlegenen – USA vom sozialistischen Joch der Administration des angeblichen verkappten Muslims „Barack Hussein Obama" fordert, nahm am Sonntag, den 24. Juli 11 zum Massaker von Oslo Stellung. Unter der ironisch aufzufassenden Überschrift „Die Terroristen sind alle groß, blond und blauäugig" wettert Guy Millière, der auch ein geradezu Weihrauch ausströmendes Buch über George W. Bush verfasst hat:

„Es trifft sich, dass der Terrorist Christ war und Freimaurer ist. Zwar weiß alle Welt, dass er (der Attentäter) Christ war, und alle Welt glaubt zu wissen, dass er es immer noch sei. Aber niemand kennt seine Zugehörigkeit zur Freimaurerei, da kein Journalist es für nötig hielt, sie zu erwähnen." Er sei vielmehr vorschnell als zur extremen Rechten gehörig *„gebrandmarkt"* worden. Stattdessen hätten die Journalisten sich lieber über seine *„geistige Gesundheit"* befragen müssen, und (vorrangig) darauf hinweisen, dass *„islamistische Attentatsdrohungen die jüngste Vergangenheit Norwegens geprägt haben"*. Denn, merke, Drohungen sind wichtiger als ein realer Massenmord, wenn sie nur von der richtigen Seite kommen...

Guy Meillière schreibt ferner dazu: *„Es sieht so aus, als ob es für die Journalistenzunft ein unerhörtes Glück sei, einen Terroristen ‚von extrem rechts' zu finden, christlich – selbst wenn er es gar nicht mehr ist –, groß, blond, mit blauen Augen. Ein Glücksfall, der es ihnen erlaubt zu kriminalisieren, was sie verteufeln und verabscheuen, und im selben Atemzug das von Kritik zu verschonen, was sie im Namen der ‚politisch korrekten' Schwachsinnigkeiten leidenschaftlich lieben. Im Namen des Kampfes gegen Xenophobie (= Fremdenfeindlichkeit) praktizieren diese Leute eine zügellose Xenophilie (= Fremdenfreundlichkeit), die sie gegenüber allem, was einem Europäer ähnelt – dessen Essenz der Große, Blonde und Blauäugige darstellen solle – feindselig werden lässt. Im Namen des Kampfes gegen Rassismus praktizieren diese Leute eine Form des umgekehrten Rassismus: Sie mögen die Europäer grundlegend nicht, besonders wenn sie groß, blond und blauäugig sind."*

Auf der bereits zitierten, rassistischen Webseite ‚La valise ou le cerceuil' äußerte sich am Sonntag, den 24. Juli 11 auch der französisch-israelische Autor Jean-Patrick Grumberg. Besagter Monsieur Grumberg ist ferner Vorstandsmitglied der Französisch-israelischen Handelskammer, in Frankreich aktiver Wirtschaftslobbyist (er setzte sich 2009 an vorderster Front für die – damals erfolgte – gesetzliche Erleichterung von Sonntagsarbeit ein) und handelte von 1976 bis 2006 als Unternehmer mit Hifi-Geräten. Sein Artikel auf der zitierten Webseite erschien unter der Überschrift: *„Attentate von Norwegen – Die Medien erledigen ihre Abrechnungen – Zum Kotzen"*.

Jean-Patrick Grumberg schreibt auf der FN-nahen Webseite, die von ihm behauptete Sichtweise der wichtigsten bürgerlichen Medien angreifend: *„Der Verdächtigte ist laut ‚Le Monde' ‚konservativ' und ‚christlich, sieh an. Für ‚Libération' ist er ‚christlicher Fundamentalist'. Michel Garroté hat herausgefunden, dass er in Wirklichkeit Freimaurer ist, aber das macht keinen guten Schuldigen aus ihm. Es dient nicht der Ideologie der Journalisten. Der Freimaurer verschwindet also, sie haben dekretiert, dass er ‚christlicher Fundamentalist' zu sein hat."*

Und der Verfasser fährt fort: *„Der Geruch von Blut hat die Vampire jegliche Maßstäbe verlieren lassen: Sie haben den idealen Verdächtigen gefunden. Es wird also in allen Medien auf die Titelseite gehoben. Lasst uns den weißen Christen lynchen! Alle in diesen globalisierungsfeindlichen und dritte-welt-freundlichen Zeitungsredaktionen sind so voller Verachtung gegenüber sich selbst, den Weißen, der Religion ihrer katholischen Eltern, dass sie sich auf die Identität des Verdächtigen gestürzt haben. Er ist nicht einmal Muslim!, die Gelegenheit ist gar zu schön..."* In Wirklichkeit sei der Attentäter *„mutmaßlich geistig umnachtet"*, aber dies dürften die Journalisten nicht schreiben, *„weil es seine Verantwortung mindern würde, und weil der weiße Kriminelle notwendig schuldig ist."*

Die moslemfeindliche, und in zunehmendem Ausmaß eindeutig rechtsextreme, Internetpublikation und Aktivistenplattform ‚Riposte Laïque' (ungefähr: Gegenwehr der Laizisten) durfte da natürlich nicht nachstehen. Auf ihrer Webseite schreibt Gérard Brazon, ein rechter „Dissident" der französischen konservativen Regierungspartei UMP – Brazon ist Kommunalparlamentarier der UMP in einem Pariser Vorort, aber bezieht sich auch regelmäßig positiv etwa auf Inhalte von Marine Le Pen – am 24. Juli 11 zum Thema. Unter dem Titel „Medienmanipulationen und politische Vereinnahmung des norwegischen Dramas" führt Brazon u.a. aus: *„Es ist vielleicht nur die Tat eines Geisteskranken. Er ist groß, Norweger aus Abstammung, sagen die Medien, christlicher Fundamentalist und – sicherlich rechtsextrem! Bingo für unsere Gutmenschen. Sie haben den richtigen Kranken gefunden. Sie zögern nicht eine Sekunde: Es geht um ‚den Anstieg der extremen Rechten in den Ländern Nordeuropas'. Oh Schrecken und Verdammung."*

Der Autor fügt an anderer Stelle hinzu, nachdem er – ellenlang über islamistische Gewalt dissertierend – vom Thema abschweifte: *„Als Auswirkung, seien wir darauf vorbereitet, dass wir Debatten beiwohnen werden, wo man uns die immergleichen Zusammenhänge herstellen wird (...). Wir werden die gleichen ‚Antirassisten' und ‚Intellektuellen von Menschenrechts-Vereinschaften' über ‚Faschisten' reden hören. (...) Es gilt einen herrlichen Knochen abzunagen. Ein Weißer von Abstammung, sogar Norweger, der vor einigen Jahren Mitglied der ‚Fortschrittspartei' war, der Partei der norwegischen nationalen Rechten. Sie werden diesen Knochen bis auf das Mark abnagen, bis einen die Politik anwidert."*

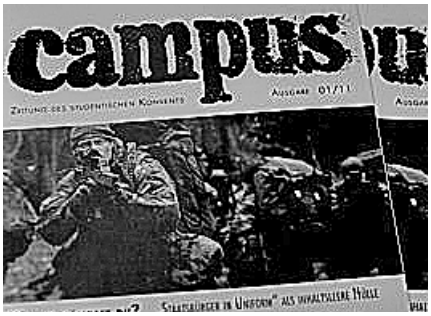
Bernhard Schmid, Paris ■

Skandal an Bundeswehr-Uni in Neubiberg

An der Bundeswehr-Universität in Neubiberg bei München haben bekannte Aktivisten der rechten Szene die Redaktion der Studierendenzeitschrift „Campus“ übernommen. Jetzt ist die erste Ausgabe des Magazins erschienen, inklusive einer ganzseitigen Anzeige des ultrarechten „Instituts für Staatspolitik“.

Rechtsum bei „Campus“

Ende Juni 2011 erschien eine Ausgabe von „Campus“, der Zeitschrift des studentischen Konvents der Bundeswehr-Universität in Neubiberg bei München. Im Vorwort kündigt der neue Campus-Chefredakteur Martin Böcker an, er werde den Schutz der Pressefreiheit „schamlos ausnutzen“.



Die neue Ausgabe von ‚Campus5, der Zeitschrift des studentischen Konvents. Foto: a.i.d.a.

Martin Böcker, als studierender Offizier mittlerweile im Rang eines Oberleutnants, ist ein bekannter Aktivist der rechten Szene. Er schreibt regelmäßig für neurechte Zeitungen wie die „Junge Freiheit“ und ist für das „Institut für Staatspolitik“ (IfS) im sachsen-anhaltinischen Schnellroda tätig. Was sich so staatstragend anhört, ist in Wahrheit eine Gruppe extrem rechter Aktivist_innen, die Artikel, Bücher und Broschüren publizieren sowie ein rechtes Schulungszentrum betreiben. Böcker verantwortete schon im Dezember 2009 eine ganze Ausgabe der IfS-Hauszeitschrift „Sezession“. Im Mai 2011 führte er bei einer geheimen Gedenkveranstaltung auf dem Münchner Nordfriedhof den Trauerzug der aus dem ganzen Bundesgebiet angereisten extrem rechten Aktivist_innen an (a.i.d.a. hatte darüber berichtet).

Doch Martin Böcker ist nicht allein bei „Campus“ eingestiegen: Mindestens ein weiterer „Campus“-Redakteur ist als Autor für „Sezession“ tätig, ein dritter schreibt für die extrem rechte Wochenzeitung „Junge Freiheit“ und das IfS-nahe Online-Portal „Blaue Narzisse“. Da verwundert es kaum, dass das sogenannte „Institut“ in der aktuellen Ausgabe der offiziellen Studierenden-Zeitschrift sogar eine ganzseitige Anzeige geschaltet hat und Soldat_innen kostenlose Broschüren offeriert. Das IfS, das sich zuletzt unter anderem mit rassistischen Publikationen zur „Sarrazin-Debatte“ hervorgetan hat, versucht derzeit mit einer regelrechten Kampagne, die (männlichen) Soldaten der Bundeswehr anzusprechen – mit einem anderen Lieblingsthema der extremen Rechten: Dem Kampf gegen Emanzipation und Geschlechtergleichberechtigung.

Testosteron für Kampf und Krieg

Erik Lehnert (Berlin), der Geschäftsführer des „Instituts für Staatspolitik“, lancierte dazu in der Juli-Ausgabe der militärischen Fachzeitschrift „Marine-Forum“ einen Artikel, der für einen bundesweiten Skandal sorgte. Frauen dürften nicht mehr in den Kampftruppen der Bundeswehr dienen, hieß es in Lehnerts Pamphlet für das Magazin der Marine-Offiziers-Vereinigung, sonst drohten in der Zukunft „militärische Katastrophen“.

Frauen hätten wenig Testosteron, schrieb Lehnert, und „mit Blick auf die Tatsache, dass Kampf und Krieg ein gewisses Maß an Aggression erfordert, sind die meisten Frauen in dieser Hinsicht denkbar ungünstig ausgestattet.“ Eine völlig unwissenschaftliche biologistische Vorstellung von Geschlecht trifft - geradezu idealtypisch für extrem rechte Ideologie - auf die Propagierung traditioneller

GLEICHSTELLUNG UM JEDEN PREIS?
EINSATZ VON FRAUEN IN KAMPFEINHEITEN

Lehnerts Artikel in der Fachzeitschrift ‚Marine-Forum‘. Foto: a.i.d.a.

Geschlechterrollen. Auch im Neubiberger „Campus“-Heft wird derartige antifeministische Ideologie verbreitet: Die Integration der Frauen in die Streitkräfte sei insgesamt „misslungen“, dass Frauen inzwischen in Kampftruppen dienen dürfen, führe zu einer „Absenkung des allgemeinen Leistungsniveaus“.

Vor Recherchen des Bayerischen Rundfunks (BR) und a.i.d.a. war an der Universität der Bundeswehr keinerlei Kritik am vielgelesenen „Campus“-Heft laut geworden, weder an solchen Artikeln noch an der rechten Übernahme der „Campus“-Redaktion. Die Präsidentin der Bundeswehr-Universität, Prof. Dr. Merith Niehuss, zeigte sich nun jedoch sehr empört von den Vorgängen. In einer Mail an alle Studierenden distanzierte sich die Historikerin von der Rechtswende der Studierenden-Zeitung:

„Ich möchte darauf hinweisen, dass nach meiner Auffassung hier eine politische Nähe zum Rechtsextremismus nicht auszuschließen ist und dass diese Affinität zur ‚Neuen Rechten‘, die mit der Schaltung der Anzeige in unsere Universität einzieht, eine politische Richtung auf den Campus bringt, die weder an der Universität noch auch im Bereich des Bundesministeriums der Verteidigung hingenommen werden kann.“ In einem für den BR geführten Interview sagte Prof. Dr. Niehuss am Mittwoch: „Es ist natürlich immer ein Organ innerhalb der Bundeswehr und insofern habe ich mich auch in einer Rundmail gegen diese Anzeige gewandt und wir werden so eine Anzeige nicht mehr zulassen, weil die Bundeswehr es auch nicht will.“

Ein Einzelfall?

Wohl kaum: Im Mai zitierte die Zeitung „die Welt“ aus einer geheimen Analyse des „Militärischen Abschirmdienstes“ (MAD), dass es in der Bundeswehr jährlich 660 „rechtsextreme Verdachtsfälle“ gäbe – also fast zwei Fälle pro Tag. Angesichts der rechten Umtriebe auf dem Neubiberger Campus scheint der MAD bisher geschlafen zu haben. Sowohl das MAD-Amt in Köln als auch die MAD-Außenstelle München gingen den Medien gegenüber in den letzten Tagen auf Tauchstation. Auch das Bundesministerium der Verteidigung verweigerte bisher eine Stellungnahme.

Donnerstag, 14. Juli 2011,
Robert Andreasch
www.aida-archiv.de ■

TEA PARTY – eine rechtspopulistische/rechtsextreme Bewegung mit Masseneinfluss

Gerade hat sich Michele Bachmann von der Tea Party als republikanische Präsidentschaftskandidatin in Position gebracht. Die Tea Party fällt immer wieder durch dümmlich, reaktionäre Rülpser auf. Trotzdem kommt man/ frau nicht umhin, sich mit ihr ernsthaft auseinander zu setzen. Handelt es sich bei ihr doch um eine extrem einflussreiche rechtspopulistisch/rechtsextreme Bewegung mit Masseneinfluss.

Schon ihr Name ist eine Chuzpe. War die Bostoner tea party des 18. Jahrhunderts ein revolutionäres Fanal gegen die verhasste britische Kolonialherrschaft, ist die heutige „tea party" stinkreaktionär.

Trotzdem kommt die Wahl des Namen nicht von ungefähr. Um sie zu verstehen, kommen wir um einen Stakkato-Exkurs in amerikanischer Geschichte und Ideologie nicht umhin.

Bereits das Wirken der US-„Gründerväter" hatte einen ausgeprägt „individualistischen" Zug. Die Siedler waren oft auf sich allein gestellt. Es gab keine Aristokratie. Gewalt (Besitz von Waffen) war stets präsent: gegen Indianer, Schwarze (Sklaven) etc. Erinnern wir uns: erst mit dem extrem blutigen – nicht ausreichend aufgearbeiteten – amerikanischen Bürgerkrieg 1861-65 wurden die USA zu dem, was wir heute kennen. Und dieser Krieg wurde NICHT (vorrangig) um die „Befreiung der Sklaven" geführt, sondern zur Rettung/Etablierung der „Union".

Bis heute gibt es den unreflektierten Kult des „Südens" und andererseits den militaristischen „Heroismus" des „Nordens". Und obwohl es so brutal zuging und noch zugeht, realiter im US-Imperialismus der Mammon regiert, spielte und spielt die Religion eine besonders wichtige Rolle: als ideologische Selbstermächtigung in der Anfangsphase (Puritaner), als überall präsenter (moralischer) „Kitt" der Gesellschaft, als offenkundig funktional eingesetztes Legitimationsmuster (Evangelikalen, TV-Kirchen,...).

Fügen wir hinzu, dass bis zum heutigen Tag die amerikanische ArbeiterInnenbewegung keine Massenpartei hat. Der – unerlässliche – historische Bruch mit den Parteien der Bourgeoisie, der in Europa im 19.Jahrhundert erfolgte, steht nach wie vor aus. Der Großteil der Linken, der Gewerkschaften befindet sich im ideologischen und organisatorischen Schlepptau der „liberalen" Demokraten – mit all den verheerenden Konsequenzen: Übernahme eines oft extremen Nationalismus, pro „starke Nation", für imperialistischen Interventionismus etc.

An all das kann die tea party anknüpfen. Entstanden ist sie, als klar wurde, dass das traditionelle republikanische Establishment gegen Obama nichts reißen wird. Und seit er Präsiden ist, zieht der reaktionäre Klüngel Land auf und ab – mit Aktionen und Demos: mal wird Obama als Marxist verteufelt, dann erscheint er wieder mit Hitler-Bärtchen. Die tea party-AktivistInnen verfügen über enorm viel Geld bzw. medialen Einfluss, geben sich „jung" und „kämpferisch (wie weiland Jörg Haider).Ihre Ideologie ist ein unappetitlicher Mix aus extremem „Individualismus" (siehe oben), Neokonservativismus und gelegentlich blankem Rassismus. Sie sind pro Nixon – selbst Reagan (sic!) ist ihnen nicht clean genug. Einige schwärmen gar für Barry Goldwater, der die Atombombe in Vietnam einsetzen wollte!

Sie setzen das altvaterische republikanische Establishment gehörig unter Druck, boxen gegen dieses ihre rechts-rechten Kandidaten durch, sind „gegen jeden Kompromiss mit der US-Administration" (Steuern, Gesundheit,...) .

Jetzt hat sich Michele Bachmann als erste aus dem Kreis der tea party als republikanische Präsidentschaftskandidatin vorgewagt – interessanterweise nicht Sarah Palin (man/frau wird sehen, wie das Messen der beiden weitergeht). Und natürlich war es der „liebe Gott", der Bachmann zur Kandidatur anregte...

Zweifelsohne ist Obama nach der Ermordung Osama Bin Ladens weit obenauf – problematisch könnte für ihn allerdings die „schleppende" US-Wirtschaft werden, die nicht „in Schwung kommen will" (offizielle Arbeitslosenrate: über 9 Prozent). Für „Ignorieren" der tea party besteht jedoch kein Anlass. Mit „hope" und „change" kam er an die Macht – seither betreibt er stinknormale bürgerliche, imperialistische Politik. Und er denkt selbstredend nicht im geringsten daran, seine WählerInnen (bzw. die Komitees, die für ihn rannten) zu mobilisieren,

Die kleine Linke ist kaum sichtbar. Es gab zwar einige gut besuchte linke Konferenzen, auch das US-Sozialforum war ein Erfolg und in einigen Gewerkschaften gibt es ein bisschen mehr drive.

Die Masse der ArbeiterInnen, der Erwerbslosen, der sog. „kleinen Leute" ist jedoch angesichts der kombinierten sozialen, ökonomischen und ökologischen Krisen weiterhin orientierungslos, kämpft darum, daseinsmäßig durchzukommen.

Und in diesem Vakuum macht sich –wie anderswo auch – die tea party breit. Grund genug also, sie weiter im Auge zu behalten, sie mit einer konsequent linken Politik und nicht bloß mit folgenloser abstrakter liberaler Rhetorik, von der sich die Massen nix abbeißen können, zu bekämpfen.

Hermann Dworczak ■

Norwegen: Hintergründe und Folgen des Massakers
Ein erster Kommentar

Ein christlicher Fundamentalist mit „Kontakten zur rechten Szene" hat in einem beispiellosen Massaker über 90 Menschen ermordet. Spätestens jetzt ist es notwendig, gründlich über Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in all seinen Schattierungen nachzudenken. Insbesondere über dessen Wurzeln, seine starke internationale Verbreitung in den letzten Jahren und wie tatsächlich und nicht bloß mit schönen liberalen, aufklärerischen Reden vorgegangen werden kann.

So fürchterlich die Tat ist, sie ist KEINE „verrückte Einzelerscheinung" – sie passt vielmehr ins Bild der internationalen Entwicklung, auch wenn sie die Dinge tragisch auf die Spitze treibt. In den USA etwa, die ich vor kurzem hautnah studieren konnte, ist der christliche Fundamentalismus ein gesellschaftliches Massenphänomen (z. B. Tea Party, siehe auch obigen Artikel). Vor nicht langer Zeit hat solch ein „christlicher" Recke einer Kongressabgeordneten eine Kugel in den Kopf gejagt.

Die extreme Rechte hat in den letzten Jahren einen enormen Aufschwung zu verzeichnen: von Rechtspopulisten über rechtsextreme Organisationen bis hin zu hardcore Nazis und Faschisten. Einen „rechten Rand" hat es nach dem Zweiten Weltkrieg in nahezu allen Länder gegeben. In Österreich etwa dümpelte die FPÖ die längste Zeit bei 5-6 Prozent dahin. Aber der Siegeszug des Neoliberalismus, das Versagen der „offiziellen Politik", die lauwarme Politik der traditionellen Linken hat der extremen Rechten international, ja weltweit eine Massenunterstützung ermöglicht.

Wer jetzt ernsthaft über die Katastrophe von Norwegen nachdenkt, kann nicht beim „Mitleid mit den unschuldigen Opfern" verharren. Spätestens jetzt muss ausgesprochen werden, dass die extreme Rechte schon längst in der „Mitte der Gesellschaft" angelangt ist. Dass es die immer offener ausbrechenden – ökonomischen, sozialen und ökologischen – Krisen des Kapitalismus sind, die den Nährboden für die rechts-rechten Sumpfpflanzen abgeben.

Die offizielle Politik wird weiter ihren Weg gehen: zusätzliche „Sparprogramme", evtl. einige rein administrative polizeiliche Maßnahmen gegen den offenkundigsten Rechtsextremismus etc. Aber auch weiter um die Unterstützung durch die extreme Rechte buhlen, wenn es politisch „günstig erscheint" (siehe Schwarz-Blau unter Schüssel). Eine konsequente Linke hingegen hat den Kampf gegen rechts mit dem Kampf gegen den dahintaumelnden Kapitalismus zu verbinden. Es gilt „radikal" zu sein, also an die Wurzeln zu gehen. Und die Wurzel für das, was in Norwegen, den USA und in vielen anderen Ländern geschieht, sind die kombinierten Krisen, die Angst und Unsicherheit, die sie auslösen, das ideologische Vakuum, das sie produzieren und in das die Rechte demagogisch vorstößt. Die Linke muss durch eine klare, konkrete, verständliche Politik diesen Leerraum besetzen.

Nicht Flickschusterei am System ist angesagt – gerade die treibt die „Hoffnungslosen" in die Arme der extremen Rechten (siehe Straches Geflunker von der FPÖ als „sozialer Heimatpartei"). Über das System selbst, die kapitalistische Profitmaximiererei, der alles geopfert wird und die verkürzte bürgerliche Demokratie ist hinauszugehen. Sozialismus – selbstverwaltet und plural – ist nicht „retro": er ist das notwendige Projekt der Zukunft.

Hermann Dworczak
(Aktivist im Austrian Social Forum) ■

Schiffe der Solidarität – das Sterben im Mittelmeer stoppen!

Seit Beginn der Krise in Libyen im Februar 2011 sind mehrere hunderttausend Menschen von dort geflohen. Am 14. Juni hat die Internationale Organisation für Migration (IOM) eine Million Flüchtlinge gezählt, die Libyen verlassen haben, davon 500.000 nach Tunesien, mehr als 300.000 nach Ägypten und 70.000 nach Niger.

Jeden Tag kommen Flüchtlinge an in Tunesien, um in bereits überfüllten Lagern zu landen.[1] Mehrheitlich kommen sie aus Ländern aus Subsahara-Afrika, in denen es Konflikte gibt, wie Somalia, Sudan, Eritrea oder der Elfenbeinküste und können nicht dorthin zurück gebracht werden. Sie leben unter immer schwierigeren Bedingungen, zu denen das zunehmende Risiko der Destabilisierung des Landes, das sie aufgenommen hat, hinzukommt.

Diese Flüchtlinge sitzen zwischen allen Fronten: Das Regime Gaddafis instrumentalisiert die Migrationsfrage, indem es Tausende von Menschen auf seeuntüchtige Boote zwingt, während zahlreiche Afrikaner, die verdächtigt werden, Söldner der Regierung von Tripolis zu sein, Opfer von Angriffen von Seiten der Rebellen des CNT (Nationaler Übergangsrat) sind.[2] Die Staaten der Koalition scheinen andererseits keine Verbindung herzustellen zwischen ihrer Militärintervention und der Flucht dieser Menschen. Die Europäische Union hat immer noch keine Initiative ergriffen, um sie aufzunehmen[3] oder diejenigen zu retten, die auf dem Meer in Not geraten. Im Gegenteil, sie verstärkt die Überwachung ihrer Grenzen, indem sie die Grenzschutzagentur Frontex einsetzt, und die Schiffe der Koalition leisten boat people keinerlei Hilfe.

Nach Angaben des UNHCR sind seit Februar diesen Jahres mehr als 2000 Menschen im Meer als tot oder vermisst gemeldet worden.

Zahlreiche Organisationen üben Druck auf die europäischen Institutionen aus, Maßnahmen zur Aufnahme von Flüchtlingen zu ergreifen, den Ländern, in denen sie gezwungen sind, zu bleiben, zu helfen und dieses Sterben im Mittelmeer zu beenden.

Versammelt in Cecina (Italien), haben die euromediteranen Organisationen zur Verteidigung von MigrantInnen die Entscheidung getroffen, Schiffe zu mieten mit der Mission, eine Überwachung auf dem Meer durchzuführen, damit endlich Menschen in Gefahr Hilfe geleistet wird. Sie wollen auch die Institutionen der EU und die Regierungen auf beiden Seiten des Mittelmeers auffordern, endlich Beziehungen herzustellen, die basieren auf Austausch und Gegenseitigkeit innerhalb dieses gemeinsamen Raums.

Diese Flottille (Gruppe von Schiffen) wird politische Persönlichkeiten, JournalistInnen, KünstlerInnen und Verantwortliche der Partnerorganisationen dieses Projekts an Bord haben.

Eine solche Aktion von einer derartigen Größe wird nur Sinn machen, wenn breit dafür mobilisiert wird.

Organisationen, Gewerkschaften, politisch Verantwortliche, Seeleute, JournalistInnen, KünstlerInnen und alle an dieser Initiative interessierten Menschen sind eingeladen, sich auf die mailing-Liste »Aufruf zur Intervention im Mittelmeer« (appel intervention Méditeranée) setzen zu lassen .

Wer auf diese Liste möchte, schicke eine mail an: **migreurop07@yahoo.it** ■

Anmerkungen

1 http://afrique-europe-interact.net/index.php?article_id=462&clang=2

2 Siehe Bericht der FIDH, « Retour de mission d'enquête à la frontière égypto-libyenne » http://www.fidh.org/Retour-de-mission-a-la-frontiere-egypto-libyenne

3 Die Situation in den Flüchtlingslagern im Süden Tunesiens bringt das Risiko einer straken Destabilisierung des Landes mit sich – siehe Bericht der Organisationen Cimade und Gadem (2011) « Défis aux frontières de la Tunisie », 50 p. und die Presseerklärung von Human Right Watch (http://www.hrw.org/fr/middle-eastn-africa/libya).

Am Abend des 22. Juni fand in Frankfurt am Main eine Demonstration gegen die Innenministerkonferenz statt, die dort am 21. und 22. Juni abgehalten wurde. Um aufzuzeigen, dass es bei der Politik der Innenministerkonferenz um falsche Lösungen für soziale Fragen geht, wurden unter dem Motto „Wir kommen um zu stören! IMK auflösen" Aspekte der dort verhandelten Themen aufgegriffen. Etwa die Überwachung des öffentlichen und immer mehr auch privaten Raums oder die Politik der Integration, die im Umkehrschluss immer auch Ausgrenzung bedeutet.
Mehr unter: http://imkaufloesen.blogsport.de/

Hürden für Einbürgerung müssen gesenkt werden

HANNOVER. DIE LINKE im Landtag hat die Einbürgerungspolitik der Landesregierung kritisiert. „Die Hürden sind eindeutig zu hoch", sagte die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Pia Zimmermann. Wie aus der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion hervorgeht, wurden im Jahr 2010 insgesamt 7363 Personen in Niedersachsen eingebürgert. Dies ist ein leichter Anstieg im Vergleich zum Vorjahr, in dem es 7223 Einbürgerungen gab; trotzdem liegt die Zahl deutlich unter der von 2008 (7704 Einbürgerungen). Zimmermann sprach sich dafür aus, die Hürden bei den Einbürgerungsvoraussetzungen zu senken. Dazu gehörten kürzere Fristen, die Anerkennung von Mehrstaatigkeit und die Abschaffung von Sprachanforderungen und Gebühren. „Die derzeitige Einbürgerungspolitik verhindert die Gleichstellung von Menschen, die im Durchschnitt bereits seit fast 20 Jahren hier leben", so Zimmermann. Derzeit laufen noch knapp 8.000 Einbürgerungsverfahren in Niedersachsen. „Das hat die Landesregierung in ihrer Antwort auf unsere Anfrage eingeräumt."

Quelle: Linksfraktion im nds. Landtag 15.07.2011 ■

Kein Rabatt bei Menschenwürde

BERLIN. „Die Bundesregierung ist nicht willens, den verfassungswidrigen Zustand bei den Sozialleistungen für Asylbewerber endlich zu beenden" so Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. Sie reagiert damit auf eine Antwort der Bundesregierung auf eine schriftliche Frage. Ulla Jelpke weiter:

„Die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sind zu niedrig und damit verfassungswidrig. Sie müssen angehoben werden. Das ergibt sich aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Hartz IV vom Februar 2010. Die Bundesregierung hat dies im November 2010 selbst eingeräumt und nun noch einmal bestätigt. Passiert ist jedoch nichts: Weiterhin müssen Asylbewerber, Bürgerkriegsflüchtlinge und Geduldete mit einem Gesetz leben, das ihre Menschenwürde verletzt. Ihre Sozialleistungen liegen um 40 Prozent unter den Hartz-IV-Sätzen, der Zugang zu Gesundheitsversorgung beschränkt sich auf Notfälle. Die Lösung ist ganz simpel: In der Konsequenz des Hartz IV-Urteils müssen alle Asylbewerber ganz normale Sozialleistungen nach dem Sozialgesetzbuch erhalten. Bei Menschenwürde kann es keinen

Rabatt geben.“ DIE LINKE bleibt bei ihrer Forderung nach Abschaffung des diskriminierenden Asylbewerberleistungsgesetzes. Sie wird auch weiterhin jeden Monat den aktuellen Stand zur notwendigen Novellierung des Asylbewerberleistungsgesetzes erfragen. „Die Untätigkeit der Bundesregierung ist ein Skandal, der immer wieder an das Licht der Öffentlichkeit gebracht werden muss.“ so Jelpke.

Pressemitteilung Ulla Jelpke MdB
Berlin, den 12. Juli 2011 ■

Deutsche Visapraxis bleibt sozial selektiv

Berlin. „An der willkürlichen Visumspraxis hat sich nichts Wesentliches geändert. Lediglich für die von der deutschen Wirtschaft als nützlich und erwünscht betrachteten ausländischen Fachkräfte sollen die Tore der Festung Deutschland bei den Visaerteilungen einen Spalt breit geöffnet werden. Im Gegensatz zur Türkei soll Russland davon profitieren. Das Festhalten an der Visapflicht für türkische Staatsangehörige ist europarechtswidrig und damit Unrecht. Die Bundesregierung muss dieses Unrecht beenden und nicht weiter aus rechtspopulistischen Gründen fortsetzen“, so Sevim Dagdelen anlässlich der Antwort der Bundesregierung auf ihre Kleine Anfrage (Bundestagsdrucksache 17/6225). Die migrationspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE weiter: „Visumablehnungen kommen insbesondere in Bezug auf Bürgerinnen und Bürgern aus afrikanischen Staaten sehr viel häufiger vor. Die Ablehnungsquoten betrugen 2010 beispielhaft: Guinea 50 Prozent, Kongo 44 Prozent, Senegal 43 Prozent, Ghana 30 Prozent, Kamerun 35 Prozent, Nigeria 36 Prozent. Bemerkenswert ist auch die doppelt so hohe Ablehnungsquote in der Türkei (15 Prozent); das entspricht 22.634 Visumablehnungen im Jahr 2010. Hier ist die hohe Ablehnungsquote schon allein deshalb fragwürdig, weil nicht nur in der juristischen Fachliteratur mehrheitlich davon ausgegangen wird, dass infolge der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs türkische Staatsangehörige jedenfalls zu touristischen Zwecken wegen der EU-Assoziierungsabkommen gar kein Visum benötigen und visumfrei einreisen können müssten. Auch der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages vertritt die Rechtsauffassung, dass die seit 1980 geltende Visumpflicht für türkische Staatsangehörige etwa für touristische Besuche gegen verbindliches EU-Recht verstößt.

In der Visapraxis der Bundesregierung fordert DIE LINKE eine grundlegende Korrektur der restriktiven Politik einer sozialen Selektion und Ausgrenzung.“

Pressemitteilung Sevim Daðdelen
(DIE LINKE) Mitglied des Deutschen
Bundestages v. 20.7.2011 ■

Rechte für Flüchtlingskinder ohne Wenn und Aber umsetzen!

Ein Jahr nach der in New York am 15. Juli 2010 besiegelten Rücknahme der Vorbehalte zur UN-Kinderrechtskonvention übt die Flüchtlingsorganisation PRO ASYL scharfe Kritik an der Haltung der Bundesregierung.

Nach wie vor verstößt die Bundesrepublik Deutschland nach Auffassung von PRO ASYL weiterhin gegen zentrale Bestimmungen der Kinderrechtskonvention und verletzt ihre Fürsorgepflicht gegenüber den ihrer Obhut anvertrauten, auf den besonderen Schutz und die Hilfe des Staates angewiesenen Flüchtlingskindern. „Will die Bundesregierung dem – auch von UN-Gremien – erhobenen Vorwurf der systematischen Ausgrenzung von Flüchtlingskindern und ihrer staatlich verweigerten Integration glaubwürdig begegnen, besteht dringender politi-

scher und gesetzlicher Handlungsbedarf“, erklärt Heiko Kauffmann, Vorstandsmitglied von PRO ASYL.

Ein Jahr lang hat die Bundesregierung verstreichen lassen, ohne Konsequenzen aus der Rücknahme der Vorbehalte zur UN-Kinderrechtskonvention zu ziehen. „Die Gleichgültigkeit gegenüber Flüchtlingskindern muss endlich beendet werden“, so Heiko Kauffmann. So werden minderjährige Flüchtlinge in andere EU-Staaten aufgrund bürokratischer Zuständigkeitskriterien abgeschoben, selbst wenn ihnen dort – wie z.B. in Italien – unmenschliche Lebensbedingungen drohen.

Das diskriminierende Asylbewerberleistungsgesetz gewährt minderjährigen Flüchtlingskindern ein Drittel weniger als Kindern im Hartz-IV-Bezug. Dieses gehört ebenso abgeschafft wie die Pflicht, in Lagern leben zu müssen. Zudem muss die Verfahrensmündigkeit in asyl- und ausländerrechtlichen Verfahren, die bisher bereits ab dem 16. Lebensjahr beginnt, dringend auf 18 Jahre heraufgesetzt werden.

Zudem müssen die Bildungshürden endlich beseitigt werden, die Flüchtlingskindern und Kindern mit Migrationshintergrund die gesellschaftliche Teilhabe erschweren. Ausländerrechtliche Ausbildungsverbote für Jugendliche, die bei möglichen Verfehlungen der Eltern verhängt werden, müssen abgeschafft werden, da sie in Form der Sippenhaft die Jugendlichen unverhältnismäßig um ihre Zukunftschancen bringen.

Kauffmann fordert die Bundesregierung, den Bundestag und die Länder erneut auf, nun endlich die zwingenden rechtlichen Konsequenzen zu ziehen und die in der Konvention auch allen Flüchtlingskindern garantierten Rechte „ohne Wenn und Aber“ umzusetzen.Pro Asyl ist Träger der Kampagne „Jetzt erst Recht(e) für Flüchtlingskinder“ – weitere Informationen dazu im Internet unter

www.jetzterstrechte.de
<http://www.jetzterstrechte.de
Pressemitteilung Pro Asyl e.V.,
14.7.2011 ■

Demo am Flughafen München gegen Abschiebungen

Samstag, 6.8.2011, 14 Uhr

München. 2010 wurden 6907 Menschen mit dem Flugzeug abgeschoben, dabei wurde in 895 Fällen der Münchner Flughafen als Abschiebe- Drehkreuz genutzt. Hinzu kommen noch Abschiebungen auf dem See- und Landweg, außerdem Dublin-2-Abschiebungen und Zurückschiebungen, womit insgesamt fast 19.000 Menschen gegen ihren Willen aus Deutschland „entfernt“ wurden. Derzeit wollen die deutschen Innenminister beispielsweise sogar Abschiebungen in den Kriegsstaat Irak forcieren. Mit der rassistischen Abschiebepraxis muss endlich Schluss sein!

Das Bundesverfassungsgericht hat kürzlich Demonstrationen am Flughafen legalisiert. Der Flughafen ist der perfekte Ort, um den Reisenden klar zu machen, dass während sie nur Sommer und Sonne, oder das nächste Meeting im Kopf haben, Schicksale zerstört werden – vielleicht sogar im selben Flugzeug.

Wir möchten diese Möglichkeit nutzen und am Samstag, den 6.8.2011, um 14 Uhr am Münchner Flughafen gegen jegliche Form von Abschiebungen zu protestieren. Bisher gab es ein Vorbereitungstreffen zu der Demo, bei dem verschiedene antirassistische und antifaschistische Gruppen aus München teilgenommen haben – wichtig sind natürlich auch Leute und Gruppen aus anderen Orten!

Ein Mobilisierungsflyer und ein offizieller Aufruf werden derzeit noch erstellt. Was für die Aktion noch gebraucht wird, ist eure aktive Mithilfe bei der Vorbereitung, bei der Mobilisierung und solidarische und finanzielle Unterstützung! Wenn ihr euch an den Vorbereitungen beteiligen wollt, schreibt eine Mail an: kontakt@ fluechtlingsrat-bayern.de Spenden für die Aktion sind sehr wichtig, denn vor

allem die Reisekosten von Flüchtlingen, die teilnehmen möchten, kosten viel Geld! Wenn ihr die Demo finanziell unterstützen könnt, spendet an: Bayerischer Flüchtlingsrat Bank für Sozialwirtschaft BLZ: 700 205 00 Konto Nr: 88 32 602 Stichwort: „Flughafendemo“ Sobald der Aufruf und die Flyer zu der Demo fertig sind, ist es wichtig, dass ihr, wenn ihr wollt, den Aufruf zeichnet, euch an der Aktion beteiligt, und mithelft zu mobilisieren! *Flüchtlingsrat Bayern* ■

Broschüre „überrascht + enttäuscht“

Einwanderer berichten über ihre ersten Erfahrungen in Deutschland
2011, 48 Seiten, 2 Euro
ISBN 978-3-936419-26-9

Sie kamen aus Syrien und Russland, aus Chile und der Türkei, aus Somalia und Georgien. Sie kamen aus Brasilien und Aserbaidschan, aus Italien und China, aus Sierra Leone und Finnland, aus Thailand und dem Iran. Sie kamen aus Rumänien und dem Jemen, aus Polen und dem Irak, aus Kolumbien und den USA. Sie kamen aus Großbritannien, Mozambik oder Frankreich. Sie kamen nach Deutschland.

Was hatten sie erwartet, wie das Leben in Deutschland ist? Jede und jeder hat andere Erwartungen, Hoffnungen und Befürchtungen. Wir haben 40 Einwanderer befragt. Dabei hatten wir nur zwei Fragen: Wovon waren Sie überrascht? Wovon waren Sie enttäuscht? In der Broschüre finden sich so 40 Blicke auf Deutschland, Beschreibungen mit den Augen von Einwanderern.

Online zu bestellen unter:
http://www.brd-dritte-welt.de
bestellung@gegenwind.info ■

FILM: Rekonstruktion einer Fesselung und Zwangsausschaffung aus der Schweiz

Die Menschenrechtsgruppe *augenauf Zürich* hat einen Film produziert, der die präzise Rekonstruktion einer Fesselung und Zwangsausschaffung aus der Schweiz zeigt. Der Ablauf basiert auf Aussagen von Betroffenen und auf internen Ausbildungsunterlagen der Polizei.

Mit diesem Film möchte *augenauf* einer breiten Öffentlichkeit zeigen, wie konkret bei Zwangsausschaffungen vorgegangen wird. Da Medienleuten noch nie erlaubt wurde, diese Vorbereitungen zu beobachten, kann der Vorgang nur durch eine filmische Rekonstruktion gezeigt werden. Der Link zum Film: http://www.youtube.com/watch?v=16He1I274Xk

Für Hintergrundinformationen zum Film siehe http://www.augenauf.ch/

augenauf Zürich ■

Ungarns Weg in die Diktatur

Unter dem Motto des Fraktionsvorsitzenden der Regierungspartei, János Lázár, „wer nichts hat, ist genausoviel und nicht mehr wert“, werden Sozialleistungen in Ungarn rapide abgebaut und durch die Einführung eines für alle geltenden Steuersatzes von 16 % die GutverdienerInnen entlastet und die unteren Einkommen erheblich mehr besteuert. Die Fidesz-Regierung flankiert diese Maßnahmen mit Einschränkungen der Meinungsfreiheit. Bereits vor einem halben Jahr erließ sie ein Gebot ausgewogener Berichterstattung, was nichts anderes heißt, als ein Verbot allzu kritischer Worte über ihre Politik, und schuf zugleich eine Medienkontrollbehörde, die ruinöse Strafen gegen zuwiderhandelnde Medien verhängen kann. Jetzt steht der nächste Schritt an: In staatlichen Medien soll es künftig eine zentrale Nachrichtenredaktion geben, die abweichende Meinungen ausgrenzen wird. Zugleich soll ein Drittel der Belegschaften, v.a. ältere RedakteurInnen, entlassen werden. Gesetz für Gesetz bewegt sich Ungarn in Richtung Diktatur.

F (jw, 22.7.11, FAZ, 23.7.11) ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Dieter Richter DER SÜDEN (Rezension)

Sommerzeit ist – intensivierte – Lesezeit: Und da der „Mensch nicht von der Politik allein lebt“ (Trotzki), kommt jetzt verstärkt nicht unmittelbar politische Literatur zum Zug. Zum Beispiel Dieter Richters wunderbares Buch über den „Süden“.

Richters Buch ist schön und fesselnd zugleich. Es zeigt mit einem leichten, aber informativen Gang durch die (Kultur)geschichte, wie sich die Anschauungen vom „Süden“, ja von allen Windes- und Himmelsrichtungen, im Laufe von Jahrtausenden – grundsätzlich – gewandelt haben. Die längste Zeit galt der „Osten“ als der Ort des Paradieses: Ex oriente lux – das Licht kommt aus dem Osten (S.12). Den Römern mit ihrer „Vorstellung, Bewohner eines mittleren Erdkreis zu sein“ (S.34) – eben rund ums Mittelmeer – galten der Süden und der Norden als „lebensfeindliche Extreme“ (ebd.). Mit dem Zerfall des römische Reiches, der Ausbreitung des Christentums, den Kreuzzügen wird „Schwarz zur Farbe des Bösen schlechthin. Schwarz ist der Teufel, der ‚Schwarze Mann‘, und schwarz ist das Herz des sündigen Menschen“ (S.45).

Allmählich erfuhr der Süden jedoch eine Aufwertung – nicht zuletzt durch die mediterranen Pilgerrouten (S.63 ff): nach Jerusalem, Rom und Santiago de Compostela. Köstlich wie Richter mit den „heiligen Orten“ verfährt:“ Mit der Pilgerreise wurde Rom zugleich zur Kapitale des Reliquien-Exports“ (S. 82).

Mit den waghalsigen Schifffahrten insbesonders durch die Portugiesen wird der bislang weitgehend unbekannte Süden zum „entdeckten Süden“ (S. 87ff). Schritt für Schritt rückt „nun auch das Paradies nach Süden – der Beginn einer langen, bis heute anhaltenden geographischen Sehnsucht“ (S. 90).

Schließlich wird Tahiti im 18. Jahrhundert zum „letzten großen Paradies“ (S. 119) – auch als „politische Utopie“ (S. 123), wo sich der „Mensch im Zustande der Natur befindet“ (S. 122).

Winckelmann idealisiert – ebenso wie Goethe – (Süd)italien und sieht allenorts schöne Menschen mit „fülligen“ Gesichtern.“ Erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, mit dem Aufkommen völkischer Ideen in Deutschland, ändert sich die ästhetische Orientierung, weichen die von Winckelmann gerühmten „fülligen“ Gesichter jenen kantigen des Nordens, wie sie die Superiorität der „germanischen Rasse“ dokumentieren sollten“ (S.133). Noch vieles ließe sich über Richters Buch sagen, aber besser ist’s, es zu lesen und zu genießen.

Hermann Dworczak

Dieter Richter: Der Süden. Geschichte einer Himmelsrichtung. Verlag Klaus Wagenbach. Berlin 2009, 218 Seiten

Urlaub in Deutschland – von der Etsch bis an die Memel

Wer selbst schwächelt aber doch gerne Eindruck machen möchte, weist gerne auf einflussreiche Freunde hin. So macht es auch die deutsche Rechte, die, von wenigen regionalen Ausnahmen abgesehen, organisatorisch und wahlpolitisch am Boden liegt. Ihre Repräsentant(inn)en schmücken sich gerne mit Gesinnungsgenoss(inn)en von einflussreichen Rechtsparteien aus den Nachbarländern . „Europäischer Frühling – Rechtsparteien auf dem Vormarsch" heißt deshalb auch das Titelthema der Juliausgabe von „Zuerst!".

BERNHARD RADTKE, USCHI FOLLASCH und ROBERT DIEHL geben einen ausführlichen Überblick über die parteipolitisch organisierte rechte Szene in Europa, die so viel erfolgreicher ist als hierzulande: *„Europäischer Frühling – Europas Rechtsparteien legen immer mehr zu – während die etablierten Medien und Politiker vor ihnen zittern ... wachsen fast überall in Europa Gegenkräfte, die den Brüsseler Vormachtansprüchen energisch entgegentreten. Parteien, die gewählt, Politiker, die gehört werden. Es sind Frauen und Männer, die ihren Gegnern eine Verunglimpfung nicht leichtmachen, Frauen und Männer wie Pia Kjaersgaard und Timo Soini, wie Marine Le Pen (Front National) und Heinz Christian Strache (FPÖ), wie Krisztina Morvai (Jobbik) und Nigel Farage (United Kingdom Independence Party). Sympathisch, redegewandt, bodenständig und volksnah verkörpern sie einen modernen Politiker-Typus, der die etablierten Kräfte das Fürchten lehrt"*.

Klar ist, dass es bei dieser Darstellung nicht nur darum geht, sich mit fremden Federn zu schmücken, sondern auch darum, die rechten Erfolge in zahlreichen Ländern Europas zu nutzen: *„‚Neue Machtverhältnisse', befördert durch volksfreundliche Bewegungen in anderen Ländern, könnten letztlich dazu führen, daß auch Deutschland wieder mehr Bewegungsfreiheit erhielte und das enge Korsett der EU-Regelungs- und Vereinheitlichungswut sprengt"*.

„Einer der führenden Rechtspolitiker in Europa" ist der Fraktionsvorsitzende des „Vlaams Belang" im belgischen Parlament, FILIP DEWINTER, der auf vier Seiten (für „Zuerst!" eine enorme Länge) interviewt wird. Seinen Ausführungen ist zu entnehmen, dass es sich bei den Positionen der flämischen Rechten inhaltlich um nichts Neues sondern um die bekannten, jahrzehntealten, zum Teil bereits von den Nazis propagierten Positionen handelt: *„Wir wollen ein Europa der Vaterländer.... (mit einem) niederländisch-deutsch geprägten Flandern... Es gibt ein nördliches Europa, vor allem geprägt von der germanischen Kultur und ein südliches Europa, welches vor allem von der lateinischen Kultur geprägt ist. Meine ganz persönliche Ansicht dazu ist: Es wäre eine interessante und spannende Alternative zur heutigen EU, wenn sich die nördlichen europäischen Staaten enger zusammenschließen würden. Bereits heute ist es doch so, daß diese nordeuropäischen Staaten vor allem finanziell und ökonomisch den Südeuropäern ständig unter die Arme greifen müssen. Denken Sie nur an die Krisen in Griechenland, Spanien und Italien. Das sind allesamt Länder, die nicht funktionieren"*. Das dürfte beispielsweise die Lega Nord, die diesen Wohlstandschauvinismus im eigenen Land zum Programm erhoben hat, nicht besonders freuen. Da Dewinter aber ausdrücklich darauf hinweist, dass es sich um seine persönliche Meinung handele, werden sich die diplomatischen Verwicklungen vermutlich in Grenzen halten.

Für Antifaschist(inn)en in Deutschland interessant ist Dewinters Haltung zur deutschen Rechten, die, im konkreten Fall in Gestalt der „pro-Bewegung", vom Vlaams Belang immer wieder unterstützt wird: *„Warum gelingt es eigentlich in der Bundesrepublik Deutschland nicht, eine starke Rechtspartei wie den Vlaams Belang oder die FPÖ zu etablieren?* Der Vlaams Belang arbeitet beispielsweise eng mit der bundesdeutschen Pro-Bewegung zusammen ... *die es genaugenommen doch eigentlich nur im Rheinland im Umfeld von Pro-Köln gibt* ... Das ist richtig, aber darum geht es doch gar nicht ... Von Antwerpen nach Köln fährt man in etwa zwei Stunden mit dem Auto. Daher ist es völlig normal, daß die Pro-Bewegung unser erster und bester Kontakt in Deutschland ist. Ich glaube aber auch, daß die Pro-Bewegung ein Erfolgsmodell für Deutschland ist. Sie ist eine neue moderne Rechtspartei, die es schaffen könnte ... *und dennoch ist die Partei in anderen Bundesländern kaum präsent.* Ach sehen Sie, das ist doch gar nicht der springende Punkt. Die Bundesrepublik Deutschland hat etwa 80 Millionen Einwohner und ist zudem föderalistisch in 16 Bundesländer unterteilt. Ich halte es angesichts einer solchen Struktur schon für sehr schwierig, einfach ‚von oben nach unten' eine bundesweite rechte Partei zu gründen, die dann sofort erfolgreich ist. Ich glaube, daß man es nur ‚von unten nach oben' schafft. Eine rechte politische Kraft muß zeigen, was sie in der Region erreichen kann, dann kann es weitergehen. Und das braucht einen langen Atem und viel Stehvermögen. Gerade darum unterstützen wir ja auch die Pro-Bewegung, weil sie in unseren Augen konstante, gute Arbeit leistet. Erfolge lassen sich gut in andere Städte und Regionen exportieren. Übrigens sehen Sie das auch in der Geschichte der Bundesrepublik, daß das immer so war ...*Welche rechten Parteien meinen Sie?* Ich erinnere an die Republikaner, die sich damals unter ihrem Vorsitzenden Franz Schönhuber nach München und Bayern über ganz Deutschland ausgebreitet haben. Das war damals ein Erfolgsmodell. ... Ich sehe große Chancen für eine erfolgreiche Rechtspartei in der Bundesrepublik Deutschland, wenn die betreffenden Politiker nicht den zweiten Schritt vor dem ersten machen".

Dass „rechtskonservativ" für „ZUERST!" chauvinistisch heißt, zeigt Chefredakteur MANUEL OCHSENREITER in seinem Editorial, dass dem Thema Urlaub gewidmet ist: *„Oder waren Sie schon einmal in einem deutschen Urwald? In Niederösterreich gibt es mit dem Wildnisgebiet Dürrenstein Mitteleuropas größtes Urwaldgebiet ... Wer die Berge und ursprüngliche süddeutsche Bauernkultur liebt, ist ein gerngesehener Urlaubsgast in Südtirol... Auf eine Wiederentdeckung warten die deutschen Kulturlandschaften im Osten. Die Masurische Seenplatte in Ostpreußen lädt zu ausgedehnten Paddeltouren ein... Schlesien ist das Land der Schlösser und Herrenhäuser"*. Deutschland heißt für Ochsenreiter Österreich, Polen und Italien. Etsch und Memel hätten wir damit, fehlen nur noch Maas und der Belt. Doch gegen Belgien und Dänemark geht es, zumindest derzeit, noch nicht.

tri ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 24 Euro
O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
O Jahres-Abo, 26 Hefte 48 Euro
O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507